

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Um Ablauf des Quartals bringen wir in Erinnerung, daß hiesige Lese für dieses Blatt 1 Thlr. 15 Sgr., außwärtige aber 1 Thlr. 24 Sgr. 6 Pf. als vierteljährliche Pränumeration zu zahlen haben, wofür diese mit Ausnahme des Sonntags täglich erscheinende Zeitung durch alle königlichen Postämter der ganzen Monarchie zu beziehen ist.

Zur Bequemlichkeit des hiesigen gebrüten Publikums werden außer der Zeitungs-Expedition, auch die Herren Kaufleute J. Appel, Wilhelmstraße Nr. 9. Koschm. Labischin & Comp., Schuhmacherstr. 1. J. N. Leitgeber, gr. Gerberstraße Nr. 16. Joseph Wache, Schulstraße Nr. 11. G. Döhlade, Friedrichs- und Lindenstraßen-Ecke 19. Victor Giernat, Markt Nr. 46. H. Michaelis, ll. Gerberstraße Nr. 11. F. Fromm, Sapiehalaß Nr. 7. M. Gräßer, Berliner- und Mühlenstraßen-Ecke. Krug & Fabricius, Breslauerstraße Nr. 11. H. Berne, Wallischei Nr. 93. Wittwe C. Precht, Bronnenstraße Nr. 13. und H. Knöfer, Ecke der Schützenstraße. Adolph Lay, Wilhelmplatz Nr. 10. Jacob Schlesinger, Wallischei Nr. 73. C. L. Arndt, St. Martin Nr. 23.

Pränumerationen auf unsern Zeitung pro II. Quartal annehmen, und wie wir, die Zeitung am Nachmittage um 4½ Uhr ausgeben.

Die Posener Zeitung wird auch in Zukunft dem Feuilleton ihre besondere Aufmerksamkeit widmen und durch Aufnahme von Original-Novellen beliebter Schriftsteller, sowie durch Briefe aus Berlin und Dresden ihren in erfreulicher Weise zunehmenden Leserkreis zu fesseln suchen.

Wichtige telegraphische Depeschen enthält dieselbe schon an demselben Tage, während die Berliner Blätter solche erst am nächsten Morgen hierher bringen können; bei außerordentlichen Ereignissen erscheinen Extrablätter. — Auch erhalten wir täglich die Preise der Produktionsbörse und die Stimmung der Fondsbörse zu Berlin und Stettin durch den Telegraphen und sind somit in den Stand gesetzt, dieselben unseren Lesern am Nachmittage mitzutheilen.

Posen, den 21. März 1867.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, 20. März. Die „Presse“ sagt in ihrem Abendblatt: Wie wir erfahren, hält die österreichische Regierung den Prager Friedensvertrag durch die Bündnisverträge Preußens mit Bayern und Baden nicht für alterirt. Ofttreich würde sich nur dann nicht mehr an den Prager Frieden gebunden erachten, wenn Preußen die süddeutschen Staaten zu einem gänzlichen Aufgehen in den jetzigen Norddeutschen Bund bestimmen wollte.

Pesth, 20. März. Der Landtag hat heute mit der Verathnung des Elaborats der Siebenundsechzig Kommission begonnen. Nachdem ein Antrag Böszorményi's, die Verhandlung über das Elaborat bis nach der Krönung zu vertagen, abgelehnt worden, wurde die Generaldebatte eröffnet.

Petersburg, 20. März. Die bedeutendsten hiesigen Zeitungen, unter andern der „Invalide“ und das „Journal de St Petersbourg“, besprechen gleichzeitig die Rede Thiers in dem gesetzgebenden Körper und heben hervor, daß die Gesinnung der russischen Regierung wie des russischen Volkes eine friedliche sei, daß die Politik Russlands weder eine Eroberung noch eine Bedrohung der Türkei, sondern nur die Gleichstellung der christlichen Bevölkerung bezeuge.

Bukarest, 20. März. Der Fürst Karl von Rumänien hat von den Königen von Italien und von Griechenland die Kreuzkreuze des Ordens vom heil. Mauritius und Lazarus, resp. des Erlöserordens erhalten.

Politische Rundschau.

Die überraschende Publikation der Schutz- und Tauschverträge Preußens mit Bayern und Baden hat ohne Zweifel in ganz Deutschland, außer dem österreichischen, hohe Befriedigung hervorgerufen; in Ofttreich wie in Frankreich wird sie nicht angenehm berühren, doch ist es immerhin genug, daß das Wiener Kabinett in diesen Abmachungen, die unmittelbar auf den Nikolsburger Frieden folgten, wie sich aus der vorangegangenen Depesche ergibt, keine Verlezung derselben erblickt, nachdem man ihm von Anfang an in der That eine andere Auslegung gegeben hatte. Indes würde wohl ein Protest jetzt sowohl von österreichischer, wie von französischer Seite immer zu spät kommen; denn im Wesentlichen steht Deutschland jetzt geeint, und stellt wirklich die Macht auf, welche Herr Thiers schon im Traume sah, nur daß sie Niemanden bedroht, wie der französische Rhetor fürchtet. Wunderbar ist die Zeit zur Veröffentlichung gewählt. Entweder erfolgte sie deutscher Seite im Hinblick auf die entschieden friedlich geführte Majorität im gesetzgebenden Körper Frankreichs, der die Phrasen der Herren Thiers und Favre zwar bellatische, aber sich von ihnen nicht fortreihen ließ, oder es war die Absicht, auf den schleunigeren Abschluß der Arbeiten des Reichstags einzutwirken. Diese Absicht, wenn sie bestand, dürfte erreicht werden; denn dieselbe Majorität, welche alle Amendements verwarf in dem Vertrauen, daß der Gang der Dinge die nötigen Gesamtreformen naturnothwendig von selbst bringen werde, wird jetzt sich noch mehr von diesem Vertrauen leiten lassen und vor Allem trachten, Deutschland unter Dach zu bringen.

Denn das sieht jeder ein, daß es bei diesen Schutzverträgen mit den Südstaaten nicht bleiben kann, sondern daß sie in das gesamte deutsche Verkehrsleben eintreten müssen und demnach auch, wie Graf Bismarck selbst im Reichstage schon andeutete, darüber werden mitzubereithaben.

Die neueste „Provinzial-Korresp.“ sagt über die Verträge: „Nachdem nunmehr die Gründe der vorläufigen Geheimhaltung dieser Verträge geschwunden sind, werden alle deutschen Herzen aus den offen vorliegenden Bestimmungen des Bündnisses die freudige Verhügung schöpfen, daß eine Besorgniß wegen einer Spaltung und Zerrissenheit Deutschlands dem Auslande gegenüber keinen thätlichen Grund mehr hat, daß die preußische Regierung vielmehr, indem sie als Grenzlinie für den Norddeutschen Bund die Mainlinie annahm, doch alsbald vollen Ernst damit mache, das nationale Band mit Süddeutschland, wie es im Friedensvertrage mit Ofttreich vorbehalten war, durch besondere Verträge wieder anzuknüpfen. Man kann jetzt klar erkennen, daß unsere Regierung schon bei den Friedensschlüssen mit den süddeutschen Staaten vor Allen von dem Gesichtspunkte geleitet wurde, an die Stelle der vorhergehenden Verträge alsbald ein Band aufrichtiger und inniger Bundesfreundschaft treten zu lassen.“

Als eine unmittelbare Folge der Bündnisverträge, durch welche dem Könige von Preußen für den Fall des Krieges der Oberbefehl über die Truppen seiner süddeutschen Verbündeten übertragen wird,

An die Zeitungsleser.

Um Ablauf des Quartals bringen wir in Erinnerung, daß hiesige Lese für dieses Blatt 1 Thlr. 15 Sgr., außwärtige aber 1 Thlr. 24 Sgr. 6 Pf. als vierteljährliche Pränumeration zu zahlen haben, wofür diese mit Ausnahme des Sonntags täglich erscheinende Zeitung durch alle königlichen Postämter der ganzen Monarchie zu beziehen ist.

Zur Bequemlichkeit des hiesigen gebrüten Publikums werden außer der Zeitungs-Expedition, auch die Herren Kaufleute J. Appel, Wilhelmstraße Nr. 9. Koschm. Labischin & Comp., Schuhmacherstr. 1. J. N. Leitgeber, gr. Gerberstraße Nr. 16. Joseph Wache, Schulstraße Nr. 11. G. Döhlade, Friedrichs- und Lindenstraßen-Ecke 19. Victor Giernat, Markt Nr. 46. H. Michaelis, ll. Gerberstraße Nr. 11. F. Fromm, Sapiehalaß Nr. 7. M. Gräßer, Berliner- und Mühlenstraßen-Ecke. Krug & Fabricius, Breslauerstraße Nr. 11. H. Berne, Wallischei Nr. 93. Wittwe C. Precht, Bronnenstraße Nr. 13. und H. Knöfer, Ecke der Schützenstraße. Adolph Lay, Wilhelmplatz Nr. 10. Jacob Schlesinger, Wallischei Nr. 73. C. L. Arndt, St. Martin Nr. 23.

Pränumerationen auf unsern Zeitung pro II. Quartal annehmen, und wie wir, die Zeitung am Nachmittage um 4½ Uhr ausgeben.

Die Posener Zeitung wird auch in Zukunft dem Feuilleton ihre besondere Aufmerksamkeit widmen und durch Aufnahme von Original-Novellen beliebter Schriftsteller, sowie durch Briefe aus Berlin und Dresden ihren in erfreulicher Weise zunehmenden Leserkreis zu fesseln suchen.

Wichtige telegraphische Depeschen enthält dieselbe schon an demselben Tage, während die Berliner Blätter solche erst am nächsten Morgen hierher bringen können; bei außerordentlichen Ereignissen erscheinen Extrablätter. — Auch erhalten wir täglich die Preise der Produktionsbörse und die Stimmung der Fondsbörse zu Berlin und Stettin durch den Telegraphen und sind somit in den Stand gesetzt, dieselben unseren Lesern am Nachmittage mitzutheilen.

Posen, den 21. März 1867.

Die Zeitungs-Expedition von W. Decker & Comp.

Ist die jüngst getroffene militärische Vereinbarung der süddeutschen Staaten anzusehen, nach welcher die Heeres-Einrichtungen Süddeutschlands in wesentlicher Übereinstimmung mit denen Preußens und des Norddeutschen Bundes geordnet werden sollen.

So ist denn schon jetzt volle Gewißheit vorhanden, daß die Mainlinie, welche die Grenze des Norddeutschen Bundes bezeichnet, doch keine Grenzlinie für die nationale Einigung sein soll, daß vielmehr die gemeinsame nationale Kraft fortan auf festeren Grundlagen ruhen wird, als je zuvor.

In dieser nationalen Kraft werden Deutschland und Europa vor Allem die feste Grundlage und Sicherung eines dauernden Friedens erkennen.“

Graf Bismarck soll gesagt haben, die Mainlinie sei wie ein Gitter über einen Bach, das Wasser fließe ungehindert durch. So ist der Einheitsgedanke denn auch längst über den Main hinweggesetzt, und Deutschland erscheint eins, ehe es die Welt geahnt. Der französische Staatsminister Rouher selbst scheint von den Verträgen nichts gewußt zu haben, denn er sprach noch in seiner letzten Rede von drei deutschen Gruppen im Gegensatz zum verlorenen Bundestag.

Wir glauben, daß diese Verträge Deutschland auch gegen den Verlust von Luxemburg an Frankreich schützen werden. Die Gerüchte von Unterhandlungen darüber zwischen Frankreich und Holland wollen noch immer nicht schwiegen. Preußen hat indes, wie offiziell versichert wird, keine Kenntnis von diesfälligen Unterhandlungen, und ohne Preußens Zustimmung ist eine Cession unmöglich. Die preußische Befreiung der Festung Luxemburg besteht auch nach Auflösung des deutschen Bundes zu Recht.

Sie war schon in dem zwischen Preußen, Ofttreich, Russland und England abgeschlossenen Vertrage vom 31. Mai 1815 in Aussicht genommen, also bereits ins Auge gefaßt, als die Bundesakte, welche bekanntlich erst am 9. Juni 1815 unterzeichnet wurde, noch gar nicht existierte. Formlich festgestellt wurde sie in dem Vertrage zwischen Preußen und Holland vom 8. November 1816. Bundesfestung ist Luxemburg gleichzeitig mit Mainz und Landau erst durch den Bundesbeschuß vom 5. Oktober 1820 geworden.

Unerklärliche Gerüchte kommen aus Ofttreich. Von mehreren Seiten wurde schon berichtet, daß seine Truppen nach dem Süden gehen. Jetzt läßt sich die „B. H. B.“ aus Wien telegraphiren, daß am 20. d. Mts der Aufmarsch dreier Brigaden zur Aufstellung als Observationskorps an der türkischen Grenze begonnen. — Nach einem in der türkischen Botschaft in Wien eingetroffenen Telegramm nämlich hat der Minister des Auswärtigen in Konstantinopel die auf die Abtrennung der Insel Kandia gerichteten (wie es scheint, vorerst nur vertraulich signalisierten) Rathschläge der drei Mächte, Ofttreich, Frankreich und Russland, mit der Erklärung beantwortet, daß er selbstverständlich dem Großherrn desfalls Bericht erstatten werde, daß er persönlich aber nicht in der Lage sei, die in jenen Rathschlägen enthaltene Lösung befürworten zu können.

Nach einem Telegramm vom 13. aus Konstantinopel hat Lord Lyons, der englische Botschafter, Tuad Pascha erklärt, daß England, indem es die Kombination der Autonomie Kandias unterstützen, keineswegs beabsichtigt, die Zerstörung der Türkei zu begünstigen, und daher dem Sultan das Recht zuerkenne, zweckmäßige Maßregeln zu ergreifen, um die Ausübung seiner Souveränität hinsichtlich der Insel zu sichern. Dagegen empfiehlt England die Entwicklung des Hatti-Humayum von 1816, und Lord Lyons werde sich allen Schritten der andern Schutzmächte in diesem Sinne anschließen.

Sollte nun Ofttreich, wenn seine Rüstungen sich bestätigen, der Türkei, falls sie auf die Proposition der drei Mächte einginge, etwa in Bosnien, welches in Gährung steht, zu Hilfe kommen wollen oder ist das Observationskorps gegen Russland gerichtet? Ofttreich hat ein dringendes Interesse, vorläufig weitere Abtrennungen von der Türkei zu verhindern, und namentlich einer russischen Sekundoor- oder Tertiär-Genitur in Serbien, welche im Plane liegt, und deren Vorbedingung ein Groß-Serbien sein würde, entgegen zu wirken.

Können, glaubt man in Wien die Grenzländer der Türkei: Bosnien, Serbien und die Herzogswina nicht türkisch bleiben, dann muß Ofttreich einen überwiegenden Einfluß auf dieselben ausüben können, wenn anders seine Stellung am adriatischen Meere nicht gefährdet, der schmale Küstenraum von Dalmatien in seiner Gewalt bleibt. Eben über die Sicherstellung Ofttreichs auf diesem Punkte sind aus Paris sehr erfreuliche Nachrichten in Wien eingelaufen. Preußen verhält sich, wie aus Berlin versichert wird, diesen Angelegenheiten gegenüber einstweilen ganz passiv, es wird auch Ofttreichs Bemühungen hier schwerlich entgegen treten, viel eher sie

Inserate

1¼ Sgr. für die fünfgesparte Beile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

.

unterstützen. Anders dagegen scheint Russland zu denken. Seit Anfang dieses Monats soll an der österreichisch-russischen Grenze das russische Waffengeschäft wieder lauter ertönen, als zuvor. Die Grenze ist fast hermetisch gesperrt. Trotzdem halten sich viele vornehme Russen in Lemberg, Brody, Tarnopol und Czernowitz auf, um die ruthenische Frage nicht einzulassen zu lassen. Man glaubt ganz gewiß, daß Russland die orientalische Frage im Laufe dieses Sommers zum Ausdrage bringen werde, um so mehr, als es unumwunden seine Misstrauen gegen die verfehlten türkischen Reformen fundgegeben.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 20. März. Die Veröffentlichung des Vertrages Preußens mit Bayern und Baden macht eine Sensation, welche deutlich genug bekundet, wie lebhaft die öffentliche Meinung die Verbindung Norddeutschlands mit Süddeutschland wünscht. Schon die bezügliche Bemerkung des Grafen Bismarck in der Montagsitzung des Reichstages verfehlte nicht, einen Eindruck auf die Versammlung hervorzurufen, welche jene Erklärung zu einem der hervorragendsten Incidenzpunkte jener denkwürdigen Sitzung mache. Der Vertrag ist in der That geheim gehalten worden, ja vor etwa einem Vierteljahr verlautete aus sonst gut unterrichteten Kreisen, daß man ein solches Bündnis noch als ein etwas fernes Ziel anzusehen habe. Als jedoch Graf Bismarck den Befürdungen im Reichstage die nackte Thatache entgegengestellt hatte, da fah man weiteren Publicationen mit Bestimmtheit entgegen. Nachdem nun der Vertrag mit Bayern und Baden veröffentlicht worden, wird die Publication der Abmachung mit Württemberg wohl nicht mehr auf sich warten lassen, denn an der Existenz einer solchen ist wohl nicht zu zweifeln, dies liegt in der Natur der Sache. Es bliebe dann nur noch das Großherzogthum Hessen, doch sollen auch hier Abmachungen bestehen, welche sich an die Thatache anlehnen dürfen, daß ein Theil Hessens dem Norddeutschen Bunde angehört. Bemerkenswerth bleibt wohl der Zeitpunkt der Publication der Verträge mit den süddeutschen Staaten gleichsam als Antwort auf die französischen Kammerreden und die Gerüchte über Luxemburg.

In Reichstagskreisen bildeten die Verträge heute den Gegenstand allgemeiner Besprechung und überall sprach sich darüber lebhafte Befriedigung aus. Die Freunde der Regierung dürfen darin einen neuen Hebel für das Gelingen des Einigungsvertrages erblicken. Überdies hörte man heute auch von größerer Geneigtheit der Regierungen auf die hervorragendsten der einzelnen Verbesserungsanträge einzugehen. Der heute erfolgte Beschuß, der Bundesgesetzgebung die gesammelten (nicht nur die indirekten) für Bundeszwecke zu verwendenden Steuern zu unterstellen, ist von der Regierung nicht ungern entgegen genommen worden. — Die Bundeskommissare haben übrigens die gesammelten Verbesserungs-Anträge in gemeinsamer Berathung geprüft und es scheint, daß die Vertretung des Regierungsstandpunktes unter die verschiedenen Kommissionen vertheilt worden ist. Graf Bismarck scheint nur bei Fragen, welche mit der auswärtigen Politik, Herr von Savigny bei internen Fragen das Wort zu nehmen und darin mit dem Vertreter Hessens dem Geh. Legationsrat Hoffmann abzuwechseln, während die Fach-Minister in Finanz-Handelsverkehrs-Behörden usw. das Wort nehmen dürfen. Die heutige Sitzung mit dem Auseinanderplazieren der Herren aus den Mittel- und Kleinstaaten war eine angemessene Illustration zu der Bedürfnisfrage hinsichtlich der deutlichen Einheit. — Zur Feier des königlichen Geburtstages findet ein Festmahl von Reichstagsmitgliedern statt, welches von den Vorständen aller Fraktionen angeregt, lebhafte Theilnahme findet. Am Tage des königlichen Geburtstages soll die Ordensverleihung an alle diejenigen Personen publiziert werden, welche sich um die Pflege frischer und verwundeter Soldaten im letzten Kriege verdient gemacht haben.

△ Berlin, 20. März. Die Verträge, welche Preußen mit Bayern und Baden bezüglich gegenseitiger Garantirung des Besitzstandes gleichzeitig mit den Friedensverträgen im vorigen Jahre geschlossen, die aber jetzt erst bekannt geworden sind, werden ohne Zweifel allgemein als eine Thatache von großer Bedeutung aufgenommen werden. Auch die Kritik von gegnerischer Seite wird nicht ausbleiben; wir werden sie aber, denke ich, nicht zu fürchten haben. Namentlich wäre der Vorwurf nicht ungerechtfertigt, in dem Abschluß der Verträge eine nicht hinreichende Berücksichtigung des Prager Friedens zu finden. Von einer Aufnahme der süddeutschen Staaten in den Bunde der norddeutschen ist nicht die Rede; ihre internationale Selbstständigkeit ist völlig gewahrt. Es ist nichts weiter stipuliert worden, als die gegenseitige Garantirung der Gren-

zen und die Unterstellung der Streitkräfte Baierns und Badens im Falle eines Krieges unter preußischen Oberbefehl. Die süddeutschen Staaten sind in Folge der Auflösung des deutschen Bundes ganz selbstständig, auf diese Selbstständigkeit ist im Prager Frieden hin gewiesen; also kann ihnen auch das Recht, ein Schutzbündnis mit Preußen zu schließen, nicht bestritten werden.

Der bisherige Polizeipräsident Berlins, Herr v. Bernuth, wird in nächster Zukunft seine Stellung gegen die eines Regierungspräsidenten vertauschen. Es darf aber für diese Versezung kein politisches Motiv gesucht werden, dieselbe geschieht vielmehr in Übereinstimmung mit dem Wunsche des gedachten Herrn. Schon seit Jahren ist es herkömmlicher Brauch, weil die Geschäfte des hiesigen Polizeipräsidiums so anstrengender Art sind, daß die Inhaber dieses Amtes nach einigen Jahren in das leichtere Amt eines Präfekten in einem Regierungsbezirk übergehen. Herr v. Bernuth wird wahrscheinlich der Nachfolger des Herrn v. Möller in Köln werden.

Die „Annalen der Landwirtschaft“, das Organ des Präsidiums des Landes-Defonomiekollegiums, werden, wie ich schon jetzt erfahre, in ihrer nächsten Nummer mittheilen, daß auf der Pariser Ausstellung nur die Pferdeshau eine internationale sein soll, die übrige Thierschau aber nur französischerseits besucht sein wird. Ferner wird mitgetheilt werden, daß in der ersten Hälfte des Juni die Lastpferde, in der zweiten Hälfte des Juli die Kuruspferde zur Ausstellung gelangen. Die Anmeldungen müssen zwei Monate vor dem Beginn des betreffenden Konkurses gemacht werden.

Der Magistrat von Berlin ist eifrig damit beschäftigt, den Plan zu dem Institut für Beschaffung von Hypothekenkapitalien zu realisieren. Namentlich interessirt sich der Bürgermeister Seidel dafür und es haben in der vergangenen Woche fast täglich Sitzungen in dieser Angelegenheit stattgefunden. — Dem evangelischen Oberkirchenrath war die Mittheilung zugegangen, daß bei den Gestütsstationen zu gewissen Zeiten die dort angestellten Wärter nicht im Stande seien, die Kirche zu besuchen. Der Oberkirchenrath hatte sich deshalb an das landwirthschaftliche Ministerium gewandt und dieses hat nun dem Direktor dieser Stationen aufgegeben, seinen Untergebenen möglichst den Besuch der Kirche zugänglich zu machen.

— Die „Prov.-Korr.“ schreibt: Se. Majestät der König empfingen vor einigen Tagen die beiden ersten Geistlichen der Herzogthümer Holstein und Schleswig, Bischof Koopmann in Altona und General-Superintendent Grot in Schleswig, und nahmen von ihnen die Bezeugung ihrer Churfürst, sowie die Bitte um fernerer Schutz für die evangelisch-lutherische Kirche in den Herzogthümern entgegen. Se. Majestät ertheilten ihnen die erneuerte huldvolle Zusage, daß Ihm nichts so sehr am Herzen liege, als daß der religiöse Glaube im Volke, auch bei dem Vorhandensein konfessioneller Verschiedenheiten, mit Aufrichtigkeit und Gewissenhaftigkeit gepflegt wird, und daß die evangelische Kirche in den Herzogthümern wie anderwärts des Königlichen Schutzes in ihrem väterlichen Glauben und Bekennnisse gewiß sein dürfe.

— Auf Anlaß des heutigen Geburtstages Sr. k. h. des Prinzen Friedrich Karl haben sich die konservativen Mitglieder des Reichstages mit der freien konservativen Vereinigung zu einer gemeinschaftlichen Beglückwünschung derselben vereinigt, und sind die beiderseitigen deputirten Mitglieder heute um 10½ Uhr von Sr. k. Hoheit empfangen worden. Von den Konservativen waren deputirt die Herren Graf Stolberg-Wernigerode, v. Frankenbergs-Ludwigsdorf, v. Bodelschwingh und v. Blankenburg.

— Wie die „Hann. Anz.“ aus Hannover berichten, ist jetzt der Prozeß um das Amt Elbingerode Seitens des Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode gegen die ehemaligen hannoverschen Ministerien des königlichen Hauses, der Finanzen und des Handels, so wie das königliche Berg- und Forstamt zu Klausenthal von dem Kläger wieder aufgenommen und gegen das königlich preußische General-Gouvernement zu Hannover, Departement der Finanzen, gerichtet; diese sind in den Streit eingetreten, und ist Termin zur Hauptverhandlung auf übereinstimmenden Antrag der Parteien auf den 13. September d. J. anberaumt.

— Den Eintritt des katholischen Pfarrers Thissen aus Frankfurt in die „freie konservative Vereinigung“ sucht man sich daraus zu erklären, daß der Genannte in Frankfurt der Beichtvater des Herrn v. Savigny war und sich dadurch veranlaßt sehe, nicht eine der Regierung unbequeme Haltung einzunehmen. In einer

Brunhild,

Tragödie aus der Nibelungenage in fünf Akten von Emanuel Geibel

Unsere deutsche National-Literatur hat aus ihrer ersten Blüthenperiode an dem Nibelungenliede einen Schatz so kostbarer Art, daß von den Epen aller Völker und Zeiten ihm nur eines: die Ilias Homers zur Seite gestellt werden kann. — In wunderbar vollkommenen, weil naturgemäßen Formen ist in diesem grandiosen National-Epos mit einfacher Treue und großer Wahrhaftigkeit das gefaßte innere und äußere Leben, Sitte und Charakter unseres Volkes in den Zeiten des grauen Alterthums viel anschaulicher und genauer dargestellt, als wir es aus der politischen Geschichte ersehen können, mag von den darin auftretenden Persönlichkeiten auch noch so wenig vor dem prüfenden Auge des Geschichtsforschers als historisch bestehen bleiben und das Meiste davon dem Reich der Sage zugewiesen werden.

Zwei namhafte Dichter der neuesten Zeit haben es versucht, den Inhalt dieses großartigen Epos, dessen Heldenfiguren zu den liebsten Jugendgedanken wohl eines jeden gebildeten Deutschen gehören, in die moderne dramatische Form umzuschaffen. Friedrich Hebbel und Emanuel Geibel. Die ungeheure Bewegung und die leidenschaftliche Wildheit des Nibelungenliedes hat sie vor Allem und mächtig dazu angereizt; bei der Ausführung des Gedankens selbst aber stießen sie auf mancherlei, zum Theil unüberwindliche Schwierigkeiten, die in der Natur der Sache liegend, weniger ihnen, als dem Stoff zur Last fallen und die Schuld daran sind, daß wir modernen Menschen von beiden Dramen nur einen gemischten Eindruck davon tragen. So groß und unerschöpflich nämlich auch der von gewaltigster menschlicher Leidenschaft in den Helden des Nibelungenliedes ist, so groß ist auch die Kluft, die unser Denken, unser Empfinden und Fühlen von dem Seelenleben jener epischen Tage trennt.

Geibel hat nun in dem Bestreben diese Kluft auszufüllen, und jene ungeheure Fabelwelt dem Verständniß der jetzt lebenden Zu-

katholische Fraktion konnte er aber doch nicht eintreten, weil eine solche im Reichstage nicht besteht.

— Am 17. d. M. ist zu Heidelberg nach langem, schweren Leiden der Professor Ludwig Häußer gestorben. Derfelbe hat nicht ganz das Alter von 49 Jahren erreicht. Seit Tod ist für die Wissenschaft ein schwerer Verlust.

Dem Vernehmen nach wird die Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahngesellschaft für das verschollene Jahr 1866 wiederum eine Dividende von 16 pCt. zahlen und außerdem 112,000 Thlr. als eine Extrareserve, da der Reservefonds selber die statutenmäßige Höhe erreicht hat, zurücklegen. — Direktion und Verwaltungsrath der Berlin-Anhaltischen Bahn haben für 1866 die Vertheilung einer Dividende von 13½ Prozent beschlossen.

Magdeburg, 19. März. In der gestrigen außerordentlichen Generalversammlung der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahngesellschaft waren 12,874 Aktien mit 2574 Stimmen vertreten. Die höchst wichtigen Anträge des Direktoriums und Ausschusses, über welche die Versammlung zu beschließen hatte, waren folgende: 1) die Übernahme des Baues einer Eisenbahn von Berlin nach Lehrte im Anschluß an die Magdeburg-Wittenbergische Bahn, ferner 2) den Bau einer Eisenbahn aus dieser Bahlinie heraus nach Uelzen oder einem andern Punkte der Harburg-Lehrter Bahn, 3) den Bau einer Bahn von Magdeburg nach Erfurt, unter Benutzung bereits gebauter oder sonst zu bauender Bahnstrecken, 4) die Fortsetzung der Halle-Halberstadt-Bienenburger Bahn von Bienenburg aus, um alle diese Bahlinien für Rechnung der Gesellschaft in Betrieb zu setzen; 5) das Anlagekapital der Gesellschaft a) nach den Propositionen des Komités der Berlin-Hannoverschen Eisenbahn, und unter dessen theilweiser Mitwirkung, in Stammaktien und so weit diese nicht ausreichen, durch Ausgabe von Prioritäts-Obligationen entsprechend zu vermehren resp. einen deshalb mit den Mitgliedern jenes Komités geschlossenen Vertrag zu genehmigen; b) dem Direktorium Vollmacht zu geben, alle zur Ausführung dieser Beschlüsse erforderlichen Vereinbarungen mit der königlichen Staatsregierung zu treffen, namentlich die nötigen Statutveränderungen vorzunehmen; die definitive Bedarfssumme festzusetzen und Form und Inhalt der neu anzugebenden Aktien und Obligationen festzustellen. Sämtliche Anträge wurden von der gestrigen Versammlung theils mit überwältigenden Majoritäten, theils einstimmig angenommen; so z. B. der Antrag auf Übernahme des Baues der Bahn von Berlin nach Lehrte mit der Zweigbahn nach Uelzen mit 2288 gegen 29 Stimmen. Die Opposition gegen andere Anträge war noch geringer. (Magd. 3.)

Duedinburg, 18. März. Im Kohlenfach bei Magdeburg sind am Sonnabend, den 16. d., drei Arbeiter verunglückt, indem sie beim Beladen der Wagen, welche die Kohle auf den Schienengleisen zu Tage fördern, durch den Einsturz eines Theiles des Kohlenlagers verschüttet und als verstümmelte Leichen wieder hervorgezogen wurden.

Stettin, 19. März. In der heutigen Stadtverordnetensitzung kam die Vorlage des Magistrats, betreffend die Reform der städtischen Sparkasse zur Verhandlung. In Übereinstimmung mit der betreffenden Kommission wußten die Anträge des Magistrats auf Verlängerung der Kündigungsfristen für zurückzuzahlende Spareinlagen, so wie auf Herausgebung des für die Spareinlagen zu zahlenden Zinsfußes von 3½ auf 2½ proCt. einstimmig abgelehnt, dagegen der Antrag, die Altiva der Sparkasse höchstens bis 50 proCt. (statt wie bisher bis 75 proCt.) in Hypotheken anzulegen, einstimmig angenommen. Ein weiterer Antrag, den Zinsfuß für die Spareinlagen von 2½ bis 5 pCt. variabel zu machen, wurde mit großer Majorität abgelehnt, und mit noch größerer Majorität der Antrag, den Magistrat um eine Vorlage wegen allmählig anzubahnender Auflösung der Sparkasse zu ersuchen. (Ost. 3.)

Hannover, 18. März. Obergerichtsanwalt Weinhausen in Hildesheim, der in den dreißiger Jahren und von 1848—1854 in der hannoverschen Ständeversammlung und namentlich im Hildesheimischen eine bedeutende politische Rolle im Sinne der entschieden liberalen Partei spielte, ist jetzt vom Schwurgericht wegen Fälschung zweier Wechsel zu fünfjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt. Weinhausen, der gegen Kaufleuteistung auf freiem Fuß geblieben war, ist von Hildesheim entflohen.

höher zu erschließen, die Personen seines Dramas durch sorgfältige, unsrer heutigen Begriffen entsprechende Motivierung ihres Thuns und Handelns uns menschlich nahe führen wollen; er hat aber dadurch so viel Fremdartiges, so viel Modernes in die finstere Größe des alten Heldengedichtes hineingebracht, daß manches geradezu unmöglich, ja lächerlich erscheinen muß. Oder ist dies nicht der Fall, wenn Brunhilde, die mit den ersten Recken der Welt um ihre Jungfräulichkeit kämpft, die dieser schon Hunderte der edelsten Menschenleben geopfert hat, dann mit der Selbsterkenntniß moderner Menschen über ihre geheimsten Empfindungen sich Rechenschaft giebt? Im Liede ist die Liebe Brunhildens zu Siegfried nur ganz leise angedeutet, da ist es das Nachgefühl für die ihr angehörende Schmach allein, die Brunhilde bestimmt, Siegfried ermorden zu lassen; Geibel hat nicht nur, wie Hebbel übrigens auch gethan, als Motiv der Nachthese diese von Siegfried verschmähte Liebe hinzugefügt, sondern hat auch durch ein allzu weitläufiges Ausführen derselben eine Weichheit und Annäthe in den Charakter der Brunhilde gebracht, der wider die Natur dieser Walküre ist. — Ebenso wird der mannesstreue grimmige Hagen des Liedes nur deshalb zum Mörder Siegfrieds, weil dieser seine Königin beleidigt hat, eines anderen zweiten Grundes bedarf es für ihn dazu nicht mehr.

So steht er wahrhaft riesen- und reckenhaft da; durch die Zuthat des Neides gegen Siegfried als Motiv für dessen Ermordung wird Hagen klein und verächtlich, wenn auch für den großen Haufen verständlicher. — Der Charakter König Gunthers gar, der sich durch Siegfried Brunhilde als Gattin hat erkämpfen, durch Siegfried sie für sich im Ehebette hat übermannen lassen und dann zum Lohn dafür seinen Mord geschehen läßt; Gunthers, der deshalb im Liede schon eine kläglich erbärmliche Rolle spielt, muß bei jedem Versuch einer eingehenderen psychologischen Bergliederung nothwendig widerlich erscheinen. Geibel hätte deshalb wohlgethan, wenn er gleich Hebbel die traurige Figur des König Gunther weit mehr in den Hintergrund geschoben hätte; wogegen es uns dünkt will, daß er dies mit der herrlichen Erscheinung Siegfrieds nur allzusehr

Hamburg, 19. März. Die Nachricht von einem in der Nähe Hamburgs stattgehabten Pistolenduell hat ihre volle Bestätigung erlangt. Das Duell wurde auf dem Gebiet der nahe liegenden holsteinischen Dorfschaft Bahrenfeld vollzogen, und der Advokat, Dr. Banks, verlebte seinen Gegner, den Hamburger Infanterieoffizier Meyer I., leicht am Unterarm. Das Duell hatte keinen politischen Grund.

Oesterreich.

Wien, 20. März. Die Morgenblätter erwähnen des Gerüchtes von einem bevorstehenden Rücktritt des Kriegsministers FML Baron John. Derselbe würde durch FML v. Möring ersetzt werden.

— Die (Wiener) „Corr. Gall.“ bringt, wie sie versichert nach offiziellen Ausweisen, folgende Daten über den Mannschaftsstand und die Verluste der österreichischen Armee im vorjährigen Kriege: Der freitbare Stand (Kombattanten) der beiden Armeen, Nord und Südarmeen, betrug während des Feldzuges im Jahre 1866 10,932 Offiziere und 396,291 von der Mannschaft mit Inbegriff der Unteroffiziere, daher zusammen 407,223 Mann. Der Verluststand der ganzen Armee wurde mit 19,538 Offizieren und 627,998 Mann verzeichnet. Von den Kombattanten aller Regimenter, Corps und sonstigen Truppengattungen wurden gleich nach Beendigung des Feldzuges nachgewiesen: von den Offizieren als tot 587, als verwundet 1505 und als vermisst 483; von der Mannschaft (mit Inbegriff der Unteroffiziere) 10,407 als tot, 27,805 als verwundet und 43,264 als vermisst. Nach den Truppengattungen wurden verzeichnet an Offizieren und Mannschaft zusammen, und zwar von der Infanterie als tot 842, als verwundet 22,683, als vermisst 33,062; von dem Jägerkorps als tot 1758, verwundet 4613, vermisst 644; von den Grenzen 72 als tot, 350 als verwundet und 193 als vermisst; von der schweren Kavallerie als tot 158, verwundet 238, vermisst 913; von der leichten Kavallerie als tot 270, verwundet 505 und vermisst 1605; von der Artillerie als tot 309, verwundet 912, vermisst 1351; von den technischen, Sanitäts- und sonstigen Corps als tot 2, verwundet 9, vermisst 179. Von je 1000 Mann des streetbaren Standes erscheinen von den Offizieren als tot 63,7, verwundet 137,7, vermisst 44,2. Von der Mannschaft als tot 26,3, verwundet 70,2, vermisst 109,2. Bei der Marine (Schlacht bei Lissa) wurden verzeichnet 3 als tot von den Offizieren und 36 von der Mannschaft; 13 als verwundet von den Offizieren und 136 von der Mannschaft.

Großbritannien und Irland.

London, 18. März. In der Jamaica-Angelegenheit wird in den nächsten Tagen von dem Anklage-Komite ein neuer Schritt gethan werden. Für den Fall nämlich, daß die Verfolgung wegen unrechtmäßiger Verurtheilung und Hinrichtung Gordons aus formellen Gründen fallen sollte, beabsichtigen die Kläger eine weitere Anklage gegen Oberst Nelson und Lieutenant Brand wegen Mordes der Herren S. Clarke und Lawrence anhängig zu machen, was, bei den schon in Sachen Gordons geschaffenen Maßregeln, keiner Weitläufigkeit bedarf. Bei dem erwähnten Fälle Clarke und Lawrence walten gegen die andere Sache insofern eine Verschiedenheit ob, als die Verantwortlichkeit wegen der ungesetzlichen Hinrichtung dieser Leute lediglich auf den beiden Angeklagten haftet und Eyre in diese Angelegenheit nicht verwickelt ist. Abgesehen von der fehlenden Bestätigung des Gouverneurs, zeichnet sich die neue Anklagesache noch dadurch von Gordons Fall aus, daß die beiden Todesurtheile ohne Beweise für die Schuld gesprochen und nach der von Eyre erlassenen Amnestie vollzogen wurden.

London, 20. März. Aus New York vom 19. d. M. wird per atlantischen Kabel gemeldet: Nachrichten aus Vera-Cruz vom 5. d. M. melden die Biedereinnahme von Tulanzingo Seitens der Kaiserlichen.

Frankreich.

Paris, 18. März. Wie man erfährt, hat sich der Zustand des kaiserlichen Prinzen bedeutend verschlimmert. Deshalb unterblieb auch jede Festlichkeit am 16. März, dem Geburtstage des kaiserlichen Prinzen. In den Tuilerien ist man selbstverständlich außerst besorgt. — Ein Prinz Radziwill ist am letzten Freitag aus Paris ausgewiesen worden. Er wurde mit polizeilicher Begleitung an die Grenze gebracht.

— In der nächsten Zeit wird Rouher eine Interpellation über das Verhältnis der Regierung zu den Inhabern der mexikanischen Obligationen und die viel besprochene Konversion dieser Obligationen in Rente zu beantworten haben. Marie's Gutachten, welches die moralische Verbindlichkeit der Regierung jenen Gläubigern gegenüber ausführlich nachweist, hat die Zustimmung der bedeutendsten hiesigen Advokaten erhalten. Die mexikanische Angelegenheit, die bei den bisherigen Debatten von allen Seiten möglichst aus dem Spiele gelassen worden ist, wird dann wohl doch zu einer sehr unliebsamen Erörterung führen.

Am sichersten und besten durchgeführt erscheint uns der Charakter der Brunhilde, freilich zum Theil auch deshalb, weil er unseren heutigen Vorstellungen und Begriffen am meisten entspricht.

In ganz direktem Gegensatz zu Geibel hat Hebbel die Kluft, die uns in unsrer modernen Anschauungen von denen der Nibelungen trennt, absichtlich noch größer gemacht; das ungeheure Wollen des Schicksals soll Geheimniß bleiben für alle Zeit; wir sollen die Helden, die er, das Gebiet des hellen bewußten Verstandes absichtlich verlassen, womöglich noch riechhafter als die Sage selbst, nach reckenhafter als das Lied in gewaltigen Umrissen zeichnet, die Helden, die „ohne Grund“ handeln, wahl- und zweifellos, wie die Naturgewalten, wir sollen sie gar nicht verstehen, wir sollen sie nur anstaunen; er hebt die Personen seines Dramas zum Theil ganz aus der Sphäre unseres Denkens und Empfindens heraus und die nothwendige Folge davon ist, daß wir uns im Stillen von seinen Heldinnen sagen müssen, daß wir sie nicht verstehen, daß sie in das moderne Drama überhaupt nicht hineinpassen.

Wenn wir nach dieser Richtung hin dem Geibelschen Drama vor dem Hebbelschen den Vorzug geben, da nach der einen oder anderen Richtung hin bei der Wahl des eigentümlichen Stoffes immer gefehlt werden mußte, und uns der Fehler, in den Geibel gefallen, der kleinere dächte, so können wir dies in anderer Beziehung nicht thun.

Ein anderer nicht unwesentlicher Unterschied zwischen Hebbels „Nibelungen“ und Geibels „Brunhild“ besteht nämlich darin, daß ersterer in seinem dreiteiligen Werke den ganzen Stoff und Inhalt des Nibelungen-Liedes dramatisch erschöpft hat, daß er dem Gang dieses Schritts für Schritt von Anfang an bis zu Ende gefolgt ist und das Fortwirken des Schuld auf Schuld gebährenden Frevels bis zum Untergange der Mörder Siegfried's und ihres ganzen Geschlechts als den eigentlichen Kern der Tragik des Nibelungenliedes festgehalten hat, während Geibel in seiner Brunhild nur eine Episode aus dem Nibelungenliede, die Nache Brunhilds an Siegfried behandelt, und sofort mit der Doppel-Hochzeit Gunthers und Siegfrieds.

sion, die noch einmal Geld kostet, Geschäfte treiben; Bürgerrecht erlangen sie nirgends. Der mecklenburg-französische Handelsvertrag giebt dem Auslande ebenfalls Vorteile gegen die Deutschen; ein preußischer Jude, auch wenn er Millionär ist, kann in Mecklenburg nicht Grundbesitz erwerben, dem französischen Juden steht dies Recht zu. Die mecklenburgischen Juden dürfen keinen ländlichen Besitz haben. Vor Kurzem hat ein Jude eine Krugstelle auf 10 Jahre in einem Dominium gepachtet, unter der Bedingung, daß er sie nicht selbst bewohnt, nicht selbst bewirtschaftet und im Todesfall die Pachtung auf einen Christen übergehen läßt.

Über unsern zweiten Antrag nur eine kurze Bemerkung. Die Ritterschaft möchte gern die alten Zustände konservieren, wir aber wollen weder berechtigte noch unberechtigte Eigentumlichkeiten dulden. Erlauben Sie mir in dieser Beziehung zwei Worte über die mecklenburgische Verfassung. (Unterbrechung und Unruhe.) Meine Herren! Es thut mir leid, aber ich habe 16 Jahre lang in Mecklenburg schweigen müssen (Heiterkeit), daß Sie mir schon 5 Minuten gestatten können. Wir stimmen in unseren Ansichten doch Alle darin überein, daß diese Versammlung konstitutionelle Rechte haben soll, auch die Regierungen möchten dagegen nichts einzuwenden haben, mit Ausnahme der beiden Mecklenburg, so viel man wenigstens aus ihren Antecedenzien schließen kann. Wie unvereinbar unsre Verfassung mit der des Norddeutschen Bundes ist, geht schon aus dem Wahlgesetz hervor, in dem nur die Städte, die Ritterschaft und der Dominalbesitz repräsentirt sind. Es giebt eigentlich keinen Vertreter aus Mecklenburg hier; Mecklenburg kennt bloß Vertreter von Grundbesitzern. Gaden und von Obrigkeitssnaden, wie ja auch ein Grundbesitzer sich einmal geäußert hat, die Volkswahlen wären wider Gottes Gebot. Noch bedenklicher sieht es auf wirthschaftlichem Gebiete aus. Wir werden an Militärlasten 600,000 Thlr. mehr aufbringen müssen. Nehmen Sie dazu die Ausfälle aus der Salzsteuer und die, welche unser Nebentritt in den Zollverein für die nächste Zukunft mit sich bringen wird, denn werden Sie die Frage gerechtfertigt finden, woher das Alles genommen werden soll? Nun, meine Herren, die Ritterschaft wird Alles den Bürgern und Bauern auf die Schultern laden und Mecklenburg ist kein reiches Land, obsohn reiche Leute dort wohnen. (Widerpruch.) Der Abgeordnete aus Mecklenburg, welcher vorhin sprach, zwingt mich zu sagen, daß der Unterschied zwischen den Konservativen Mecklenburgs und Preußen außerordentlich groß ist. Die feudalen Preußen haben für sich das Gefühl eines großen Staates und einer Geschichte, mit der ihre Familien vielfach verwachsen sind, die Familien Mecklenburgs aber wollen nicht einmal ein großes Vaterland, sie wollen die kleinen Verhältnisse konservieren, weil sie so allein die Möglichkeit haben, ihre Privilegien zu konservieren. Meine Herren! Wer soll uns helfen, wenn nicht Sie, nehmen Sie unsere Anträge an und erhalten Sie dadurch dem mecklenburgischen Volke seinen Glauben an die Zukunft. (Lebhafte Bravo.)

Bundeskommisar für Mecklenburg, Dr. Wezel (auf der Journalistentribüne fast unverständlich) erklärt die Darstellung der Rechtsverhältnisse für richtig, weist aber die Schlussfolgerungen der politischen Parteiposition des Vorredners zu, und bemerkt dann: der Reichstag sei berufen, die Verfassung des Norddeutschen Bundes zu berathen, nicht aber, die der Einzelstaaten wesentlich zu modifizieren, dazu sei die Versammlung nicht kompetent, daß sie in diese Einzelverfassungen eingreife. Man werde es ihm nicht verübeln, wenn er das so hält. Es ist wieder ein Antrag auf Beratung und ein anderer auf Schluß der Debatte eingegangen.

Der Präsident will den letzten zuerst zur Abstimmung bringen.

Abg. Dunder (Berlin) empfiehlt das Gegenteil und wird darin von dem Abgeordneten Michaelis, Uedermünde unterstützt. — Abgeordneter Graf Schwerin giebt aus langjähriger Praxis dem Präsidenten Recht, der überhaupt über die Auslegung der Geschäftsordnung zu entscheiden habe! — Abg. Lasker verwahrt sich dagegen.

Präsident Dr. Simson: Die Geschäftsordnung sei der natürliche Schutz der Minorität; sie könne das nicht sein, wenn die Majorität des Hauses ein Recht habe, sie auszulegen. Wenn das Haus ihm nicht zutraue, daß er die Geschäftsordnung zum Schutz der Minorität handhaben werde, so werde er resignieren; dazu genüge die leiseste Andeutung. (Bravo!) —

Abg. Lasker: Er habe nur den Fall im Auge gehabt, wenn dem Präsidenten die Auslegung der Geschäftsordnung selbst zweifelhaft erscheine.

Abg. Dunder (Berlin) verweist für seine Meinung auf §. 51 der Geschäftsordnung.

Das Haus schreitet zur Abstimmung. Der Schluß der Debatte wird angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. Michaelis (Kempen): Der Abg. Scherer hat von katholischen Geistlichen gesprochen, die ihre religiöse Stellung gegen die Regierung benutzt haben. Er kann nicht einen einzigen Wahlkreis für diese Verleumdung aufführen.

Präsident: Diese Bemerkung hat Ihnen nicht gegolten.

Abg. Dr. Michaelis: Sie konnte blos mich treffen, weil ich der einzige katholische Geistliche bin, der in der Generaldebatte gesprochen hat. Ich weise dieselbe mit Bezug auf meine Tätigkeit im Abgeordnetenhaus und meine sonstige Vergangenheit zurück. Was die Unterscheidung zwischen guten und schlechten Katholiken anbetrifft — (der Präsident unterbricht ihn) —, so sage ich: Ob ein Katholik servil sein will oder nicht, das hat er selbst zu verantworten; ich aber nehme für mich das Recht in Anspruch, liberal zu sein.

Abg. Rohden: Der Abg. Scherer hat der katholischen Fraktion ein illegales Verfahren vorgenommen. Meine Herren! Es giebt keine Date in meinem vergangenen Leben, die ich nicht klarlegen kann; ich will Alles vertreten und bemerke nur, daß es ganz unerhört ist, wenn sich ein Mitglied dieses Hauses über die Vota eines anderen Mitgliedes ein Urteil erlaubt.

Der Präsident will nicht seine Rechtfertigung hindern, bittet ihn aber, Maß zu halten.

Abg. Rohden: Ich habe in der ersten Hälfte der fünfzig Jahren — (große Unruhe). Redner fragt den Präsidenten, ob er nicht sprechen dürfe und der Präsident entgegnet, daß er das Haus nicht nötigen könne, als persönliche Bemerkung längere Reden anzuhören. Redner schließt: Ich habe genug gesagt, um meinen ernsten Unwillen darzulegen.

Abg. v. Mallinckrodt: Der Abg. Scherer hätte den Nagel auf den Kopf getroffen, wenn er bezüglich meiner die umgekehrte Bemerkung gemacht hätte: Nur mein warmes Gefühl für Deutschland, für Preußen, meine Heimat und für das Recht haben mich bedauern lassen, wenn mein Volk in Bürgerkrieg und Gefangen, wenn ich meine Obrigkeit auf dem Wege sah, den ich für den Weg des Unrechts halte (stürmische Unterbrechung).

Der Präsident: Sie haben die Grenzen der persönlichen Bemerkung weit überschritten.

Abg. Graf Bethusy-Huc macht eine persönliche Bemerkung gegen den Abg. Graf Bassewitz.

Abg. Dr. Ellissen gegen denselben Abgeordneten, den er den „Abgeordneten der mecklenburgischen Ritterschaft“ nennt.

Abg. v. Kleinjörigen: Der Abg. Scherer hat auch mich angegriffen, weil ich im Abgeordnetenhaus Mitglied der katholischen Fraktion war. Er hat dabei meinen Abstimmungen Motive untergeschoben, die ich als niedrigrächtige Verlautungen zurückweise. (Unruhe rechts.)

Präsident Simson: Diese leiste Auseinandersetzung des Redners war ein Ausdruck, den ich meinerseits zurückweisen muß.

Abg. Graf Bassewitz machte eine Bemerkung gegen den Abg. Graf Bethusy-Huc.

Abg. Scherer: Auf den Ausdruck, den ein Redner von jener Seite gegen mich gebraucht hat, kann ich hier unmöglich antworten. Die Absicht, ihn zu beleidigen, hat mir so ferner gelegen, da ich nicht einmal eine Ahnung von der Einführung seiner Person in der katholischen Fraktion hatte. Was ich sagte, war rein objektiv; ich habe nur nachgewiesen, daß es nicht ein Ausfluss der katholischen Religion sei, so zu handeln, wie jene Herren. Berunglimpt habe ich Niemanden, sonst hätte es ja wohl auch der Herr Präsident gerägt.

Ein Antrag auf Beratung der Abstimmung wird abgelehnt. Die Abg. Rix, Delius, Dr. Freitag und Baumstark ziehen ihre Anträge zurück, da ihnen durch den Schluß der Debatte die Gelegenheit genommen worden, dieselben zu motivieren; Dr. Freitag behält sich jedoch vor, seinen Antrag an geeigneter Stelle wieder einzuschließen.

Darauf wird zur Abstimmung geschritten über Artikel 2. Alinea I. desselben wird mit großer Majorität angenommen; desgleichen Alinea II.; abg. Leibnitz wird dagegen der vom Abg. Schrader hinzugebrachte Zusatzantrag. A. III. IV. V. und VI. werden darauf angenommen.

Es kommt darauf der die Grundrechte enthaltende Antrag des Abg. Schrader zur Abstimmung; das vom Abg. Ausfeld hingestellte Amending wird abgelehnt. Über den Antrag Schrader wird namentlich abgestimmt; derselbe wird mit 189 gegen 65 Stimmen abgelehnt; für denselben stimmen u. A. die Abg. Ausfeld, Graf Baudissin, Baumbach, Bebel, Dr. Becker, Bockel-

mann, v. Bockum-Dolfs, Born, Boumek, v. Carlowits, v. Czarlinski, Dauzenberg, Deczkowski, Dunder (Berlin), Domimirski, Ergleben, Evans, Fördel, Francke, Fries, Groote, v. Hammerstein, Hering, Hubner, v. Hilgers, Hoffmann, Holzmann, v. Jackowski, Kantaf, Kanter, Kitz, v. Kleinsorgen, Knapp, Kraatz, v. Mallinckrodt, zur Megede, Dr. Michelis, Minckwitz, v. Münchhausen, v. Niegolewski, v. Proß-Jenrich, Rang, Dr. Rée, Newiger, Richter, Riedel (Sachsen), Rhoden, Rüdert, Runge, Salzmann, Schaffrath, Schleiden, Schrader, Schraps, Schulze, Simon, Trip, v. Warnstedt, Weygold, Wigard, Wiggers (Berlin), Wolff, Windelmann, Bacharie.

Darauf werden auch alle übrigen Amendments, die der Abg. Mallinckrodt, Rohden, Wiggers und Schaffrath abgelehnt; dafür stimmt immer nur die Linke und einzelne aus der nationalen Fraktion, für das Amending Mallinckrodt, betr. die Freiheit des religiösen Bekennens u. A. die Abg. Lasker und Reichenheim, gegen alle Amendments u. A. die Abg. Lasker und Michaelis. — Artikel 3 wird darauf in der Regierungsfassung unverändert angenommen.

Schluß 4^{1/2} Uhr. Nachste Sitzung Mittwoch 10 Uhr. Tagesordnung: Special-Berathung über Artikel 4 und 5, sowie über die Abschnitte III., IV. und V.

(16. Sitzung vom 20. März)

Eröffnung 10 Uhr. Die Tribünen sind stark besetzt. Am Tische der Bundeskommissarien: Die Minister Graf Bismarck, v. d. Heydt, v. Roon, Graf v. Skerpius, Geh. Rath v. Savigny, mehrere außerordentliche Kommissarien.

Präsident Simson verliest ein Schreiben des Präsidenten der Bundeskommissarien, wonach von Schwarzburg-Rudolstadt Minister v. Bertram, von Oldenburg Minister v. Tresckow, von Coburg-Gotha Minister v. Seebach zu Bundeskommissarien ernannt worden sind, sowie, daß der Kommissar für Lübeck, Senator Dr. Curtius für die Zeit seiner Abwesenheit durch den Ministerpräsidenten Dr. Kerenser vertreten sein wird.

Vom Herausgeber des Parlaments-Almanachs Dr. Girth ist die Mittheilung eingegangen, daß eine dritte vermehrte und verbesserte Auflage dieses Buches erscheinen wird, welche das Haus zu fördern versucht wird.

Die Vorberathung war vor Art. 4 des Abschnitts II. des Verfassungs-Entwurfs (Bundesgesetzgebung) stehen geblieben, welcher 13 einzelne Nummern enthält, und dessen Einleitungsworte lauten: „Der Beauftragung Seitens des Bundes und der Gesetzgebung derselben unterliegen die nachstehenden Angelegenheiten.“

Abg. v. Vinde (Hagen) ersucht den Präsidenten jede Nummer einzeln diskutieren zu lassen.

Präsident Simson erklärt sich damit einverstanden und macht zugleich den Vorschlag, die Eingangsworte zuletzt zu diskutieren.

Abg. Michaelis (Uedermünde) macht darauf aufmerksam, daß es möglich wäre, daß durch spätere Beschlüsse eine Erweiterung resp. Abänderung des Art. 4 notwendig würde, und schlägt deshalb vor, daß das Haus sich solche Änderungen ausdrücklich vorbehalte.

Abg. v. Vinde (Olendorf) schließt sich diesen Ausführungen an. — Präsident Simson erklärt sich damit einverstanden.

Die Spezialdiskussion wendet sich nunmehr der Nr. 1. des Art. 4 zu, welche die Bestimmungen über Freizügigkeit, Heimaths- und Niederlassungsverhältnisse und über den Gewerbebetrieb, einschließlich des Versicherungswesens, so weit diese Gegenstände nicht schon durch den Art. 3 dieser Verfassung erledigt sind, desgleichen über die Kolonisation und die Auswanderung nach außerdeutschen Ländern“, umfaßt.

Dazu liegen folgende Amendments vor: 1) vom Abg. Dr. Baumstark statt der Worte „sowit — sind“ zu sagen: „unbeschadet der Feststellungen im Art. 3 Absag 1, 2 und 3 dieser Verfassung.“

2) Vom Abg. Michaelis (Uedermünde) hinter Niederlassungs-Verhältnisse „Pazifus und Fremdenpolizei“;

3) Vom Abg. Baumstark hinter Freizügigkeit: „Pazifus;“

4) Vom Abg. v. Hammerstein hinter Niederlassungs-Verhältnisse: „Staatsbürgerecht“, einzuführen.

5) Vom Abg. Baumstark „die Kolonisation und die Auswanderung nach außerdeutschen Ländern“ aus der Nr. 1 zu entfernen und daraus eine besondere Nummer zu bilden.

Abg. Dr. Baumstark: Die Gesetzgebung über das Pazifus ist von der über die Freizügigkeit nicht zu trennen. Der Hervorhebung der Fremdenpolizei in diese Nummer kann ich mich jedoch nicht anschließen; sie bleibt besser den einzelnen Staaten überlassen.

Abg. Freiherr v. Hammerstein: Es ist schon gestern bei der Diskussion über Artikel 3 erwähnt worden, daß es erforderlich sei, in jenem Artikel die Worte „zur Erlangung des Staatsbürgerechtes“ zu streichen, und war die Streichung derselben auch von verschiedenen Seiten beantragt worden. Trotzdem dies gestern abgelehnt worden, habe ich mich nicht davon überzeugen können, daß dies nicht erforderlich sei; ich meine, daß das Indigenat sehr erheblich eingeschränkt wird, wenn es nur einen Titel geben soll zur Erlangung des Staatsbürgerechtes, während wir nicht wissen, unter welchen Bedingungen dieses in den einzelnen Staaten ertheilt wird. Einer der Hrn. Bundes-Kommissare hat uns gestern den Unterschied zwischen Staatsbürgerecht und Staatsangehörigkeit auseinandergesetzt; auch Frauen, Minderjährige, andere Kategorien wären zwar Staatsangehörige, aber nicht Staatsbürger. Gerade diese Ausführung gibt mir die Überzeugung, daß, da wir jene Worte nicht gestrichen haben, wir an dieser Stelle, wenn wir das Indigenat nicht ein leeres Wort sein lassen wollen, das „Staatsbürgerecht“ einschieben müssen. Denn wenn wir ein gemeinsames Indigenat herstellen, so müssen wir zugleich auch ermöglichen, daß der Bürger jedes norddeutschen Bundesstaates in jedem anderen Staate des Bundes unter gleichen Verhältnissen und Bedingungen das Staatsbürgerecht erwerben kann. Das hat schon der Abg. Braun gestern vortrefflich ausgeführt, wenn auch ein besonderer Antrag von ihm nicht gefestigt worden ist. In einzelnen Bundesstaaten wird es den Angehörigen eines anderen Staates absolut unmöglich gemacht, das Staatsbürgerecht zu erlangen, ich erinnere nur an Bismarck und Rostock. Juden, die dort geboren sind, können nicht einmal das Staatsbürgerecht, geschweige denn das Staatsbürgerecht erwerben. Preußische oder französische Juden, die dort hinkommen, sollen nach Artikel 3 des Entwurfs wie Inländer behandelt werden, aber das Staatsbürgerecht können Sie nicht bekommen, weil auch mecklenburgische Juden in Mecklenburg niemals Staatsbürger werden können. Wir müssen in dieser Beziehung klar und wahre sein und die Bestimmung über das Indigenat so treffen, daß sie auch wirklich zur Ausführung gelangen kann. Da wir nun gestern jene Worte nicht gestrichen haben, was ich sehr bedauere, so bleibt uns nichts übrig, als daß wir diesem Artikel das „Staatsbürgerecht“ zufügen, damit einzelne Missstände einzelner Staaten in der Bundesverfassung ihre Remedy finden. Ohne Überweisung dieses Gegenstandes an die Bundesgesetzgebung ist und bleibt das Indigenat nichts.

Abg. Dr. Baumstark: Es ist schon gestern bei der Diskussion über Artikel 3 erwähnt worden, daß es erforderlich sei, in jenem Artikel die Worte „zur Erlangung des Staatsbürgerechtes“ zu streichen, und war die Streichung derselben auch von verschiedenen Seiten beantragt worden. Trotzdem dies gestern abgelehnt worden, habe ich mich nicht davon überzeugen können, daß dies nicht erforderlich sei; ich meine, daß das Indigenat sehr erheblich eingeschränkt wird, wenn es nur einen Titel geben soll zur Erlangung des Staatsbürgerechtes, während wir nicht wissen, unter welchen Bedingungen dieses in den einzelnen Staaten ertheilt wird. Einer der Hrn. Bundes-Kommissare hat uns gestern den Unterschied zwischen Staatsbürgerecht und Staatsangehörigkeit auseinandergesetzt; auch Frauen, Minderjährige, andere Kategorien wären zwar Staatsangehörige, aber nicht Staatsbürger. Gerade diese Ausführung gibt mir die Überzeugung, daß, da wir jene Worte nicht gestrichen haben, wir an dieser Stelle, wenn wir das Indigenat nicht ein leeres Wort sein lassen wollen, das „Staatsbürgerecht“ einschieben müssen. Denn wenn wir ein gemeinsames Indigenat herstellen, so müssen wir zugleich auch ermöglichen, daß der Bürger jedes norddeutschen Bundesstaates in jedem anderen Staate des Bundes unter gleichen Verhältnissen und Bedingungen das Staatsbürgerecht erwerben kann. Das hat schon der Abg. Braun gestern vortrefflich ausgeführt, wenn auch ein besonderer Antrag von ihm nicht gefestigt worden ist. In einzelnen Bundesstaaten wird es den Angehörigen eines anderen Staates absolut unmöglich gemacht, das Staatsbürgerecht zu erlangen, ich erinnere nur an Bismarck und Rostock. Juden, die dort geboren sind, können nicht einmal das Staatsbürgerecht, geschweige denn das Staatsbürgerecht erwerben. Preußische oder französische Juden, die dort hinkommen, sollen nach Artikel 3 des Entwurfs wie Inländer behandelt werden, aber das Staatsbürgerecht können Sie nicht bekommen, weil auch mecklenburgische Juden in Mecklenburg niemals Staatsbürger werden können. Wir müssen in dieser Beziehung klar und wahre sein und die Bestimmung über das Indigenat so treffen, daß sie auch wirklich zur Ausführung gelangen kann. Da wir nun gestern jene Worte nicht gestrichen haben, was ich sehr bedauere, so bleibt uns nichts übrig, als daß wir diesem Artikel das „Staatsbürgerecht“ zufügen, damit einzelne Missstände einzelner Staaten in der Bundesverfassung ihre Remedy finden. Ohne Überweisung dieses Gegenstandes an die Bundesgesetzgebung ist und bleibt das Indigenat nichts.

Abg. Dr. Baumstark: Es ist schon gestern bei der Diskussion über Artikel 3 erwähnt worden, daß es erforderlich sei, in jenem Artikel die Worte „zur Erlangung des Staatsbürgerechtes“ zu streichen, und war die Streichung derselben auch von verschiedenen Seiten beantragt worden. Doch ist es noch zweifelhaft, ob die verhinderten Regierungen dazu ihre Zustimmung geben werden. Wenigstens bin ich noch nicht in der Lage, die Überweisung der verhinderten Regierungen in Aussicht stellen zu können und ich möchte deshalb anheben, vorläufig die verhinderten Regierungen allein zu belassen; sollte sich ein Bedürfnis herausstellen, so würde ich einen bezüglichen Antrag den verhinderten Regierungen vorlegen.

Abg. Dr. Baumstark: Nichts wird die einzelnen Glieder des Bundes mehr mit einander verbinden, als eine gemeinsame, direkte Besteuerung. Es handelt sich nicht darum, sofort ein Reichssteuergesetz zu machen, sondern nur darum, der Bundesregierung die Befugnis beizulegen, in Zukunft damit vorzugehen. Für die direkte Besteuerung spricht auch die Erwägung, daß, wenn Sie einen gemeinsamen Gewerbebetrieb haben wollen, dann nicht den einzelnen Staaten die Befugnis gelassen werden kann, eine Gewerbesteuer nach ihrem Belieben ausschreiben. Achneidige Rücksichten lassen sich noch nach vielen Richtungen hin geltend machen.

Bundeskommisar, Minister v. d. Heydt: Die Staatsregierung hat ge- glaubt, vorläufig es blos bei den indirekten Steuern beminden zu lassen. Wenn sich das Bedürfnis herausstellen sollte, auch mit direkten Steuern vorzugehen, so wird sie dies in Erwägung nehmen, doch ist es noch zweifelhaft, ob die verhinderten Regierungen dazu ihre Zustimmung geben werden.

Bundeskommisar Dr. Hoffmann (Hessen) erklärt, so viel man aus seinen sehr leise gepröfeten Wörtern entnehmen kann, die Streichung des Wortes „indirekt“ für eine erhebliche principielle Änderung.

Abg. Lasker: Wir befinden uns erst in der Vorberathung. Zwischen Vor- und Schlußberathung wird es der Staatsregierung möglich werden, mit den verbündeten Regierungen in Unterhandlung zu treten und eine Entscheidung herbeizuführen. Wer jetzt für Streichung stimmt, kann bei der Abstimmung bei der Schlußberathung immerhin noch wirklich gewichtige Bedenken Rechnung tragen.

Die Abstimmung über das Amendment Baumstark erscheint dem Bureau zweifelhaft. Die Zahlung ergibt 122 Stimmen für, 116 gegen das Amending.

Bundeskommisar Graf Ichenpliz: Ich empfehle, diesen Abschnitt zunächst unverändert anzunehmen, da für die Zwecke der Verwaltung damit auszukommen sein wird, und es ja in der Absicht Niemandes liegen kann, den gesammten Eisenbahn-Specialverkehr in die Hände der Centralgewalt zu legen. Wo es nicht gerade nötig ist, sind Änderungen am Verfassungsentwurf doch wohl nicht zu empfehlen. — Gegen das Ammendment Culenburg habe ich nichts zu erinnern, vorausgesetzt, daß dieselbe Beschränkung, wie auf das Eisenbahnwesen, auch hierfür gilt, daß eben nur Anordnungen, die für die Landesverteidigung und den allgemeinen Verkehr nötig sind, dem Bunde überlassen bleiben. Abg. Graf zu Culenburg empfiehlt sein Ammendment und bekämpft das des Abg. Michaelis.

Abg. Miquel: Auch ich möchte abrathen von der Annahme des Ammendements Michaelis, da es sehr wichtig ist, eine Bestimmung beizubehalten über die Tendenzen, welche die Eisenbahngesetzgebung des Bundes zu befolgen hat. Es gibt eine Menge von Localbahnen, die nicht der allgemeinen Gesetzgebung, sondern der Lokal- und Provinzial-Verwaltung zu unterwerfen sind, da sie eben nur lokale und provinzielle Bedürfnisse befriedigen.

Das Ammendment Culenburg wird darauf angenommen, über das Ammendment Michaelis nicht abgestimmt, da es bis auf Weiteres zurückgezogen ist.

Nr. 8. lautet also nunmehr: „das Eisenbahnwesen und die Herstellung von Land- und Wasserstraßen im Interesse der Landesverteidigung und des allgemeinen Verkehrs.“

Es folgt Nr. 9.: „Der Schiffsahrtsbetrieb auf den mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen und der Zustand der letzteren, sowie die Fluss- und sonstigen Wasserfälle.“

Hierzu sind folgende Ammendements gestellt:

1) vom Abg. Grumbrecht, den Abschnitt folgendermaßen zu fassen: „Der Schiffsahrtsbetrieb und die Flößerei auf den mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen und der Zustand der letzteren, die Fluss- und sonstigen Wasserfälle und die Anstalten für die Seeschifffahrt (Häfen, Seetonnen, Leuchttürme, das Lotsenwesen, Fahrwasser).“

2) vom Abg. Baum stark vor „Schiffsahrtsbetrieb einzuschlieben: „Flößerei und“

3) vom Abg. Evans: hinter „Schiffsahrtsbetrieb“ einzuschlieben: „und der Flößfang zur See.“

Abg. De Chapeaurouge bekämpft das Ammendment Grumbrecht; solche Sachen dürfen der Centralgewalt nicht übertragen werden, da die verschiedenen Bundesstaaten zu verschiedenartige Interessen dabei hätten. Dazu komme, daß die Summen, mit denen dann das Bundesbudget belastet würde, gar nicht gering wären, und es oft schwierig sein würde, für nothwendige Anlagen die nötigen Gelder zu erhalten. Er sei gern bereit, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist, müsse aber gegen alles unnötige Centralisten und gegen unnötige Staatsinstitutionen auftreten.

Abg. Grumbrecht vertheidigt sein Ammendment, auf dessen Boden auch schon das Frankfurter Parlament gestanden habe. Ebenso gut, wie die Wasserstraßen, sei auch die Seeschifffahrt Sache der gemeinsamen Verwaltung. Gerade diese Einrichtungen, fährt Redner fort, berühren durchaus gemeinsame Interessen, und auf keinem Gebiet hat die Kleinstaaten schlechtere Erfolge erzielt, als gerade hier, und gerade die Erfahrungen auf diesem Felde haben wesentlich dazu beigetragen, die Vortheile eines Großstaates klar zu stellen. Durch die kleinstaatlichen Interessen wurden häufig die Eisenbahnen von den für den Verkehr bequemsten Richtungen abgehalten. — Das ehemalige Königreich Hannover hat mit Bremen und Hamburg immer im Streit gelegen; man warf sich gegenseitig Partikularismus vor. Beim letzten Bölkvereinsabschluß kam erst zuletzt mit Bremen der Vertrag, der Verkehrserleichterungen einführte, zu Stande. — Es ist ja nicht zu leugnen, ein gewisser Staatsegoismus ist berechtigt. Aber eben dieser berechtigte Staatsegoismus der vielen kleinen Staaten hat uns unendlich viel geschadet und ich hoffe, daß wir endlich einmal gründlich damit aufzuräumen. Die Centralgewalt soll eben alle diese Differenzen ausgleichen und deshalb muß man ihr Alles dies einräumen. — Ich will hier nur zwei Beispiele anführen. Erstlich den berühmten Stadzoll, der nunmehr glücklicherweise abgelöst ist und wofür Hannover drei Millionen Thaler bekommen hat, und der eine der unzweckmäßigen Einrichtungen war, die man sich gefunden kann. — Aber auch Hamburg hat es nicht besser gemacht. Schon seit 20 Jahren bemühte sich Hannover, für einen Theil der Elbe eine gewisse Fluchtiefe zu erlangen, um Harburg zum Seehafen machen zu können. Hamburg verweigerte dies, und gab es erst in letzter Zeit zu, weil Hannover nicht eher eine Brücke nach Hamburg bauen lassen wollte. (Heiterkeit.) — Auch in den Ausführungen des Vertreters für Hamburg sehe ich nur die Rücksichtnahme auf die Interessen Hamburgs, nicht aber auf das allgemeine Interesse. Meine Herren! Sie haben alle Ursache, meinen Antrag anzunehmen, denn sonst könnte es ja Hamburg, wenn dies allein darüber zu befinden hat, einmal einfallen, eine Abgabe von den Schiffen für die Seetonne zu verlangen. Unter den Befürworten, die mein Antrag der Centralgewalt vindiziert, ist auch nicht eine Bestimmung, die nicht nothwendig wäre. Ich bin durchaus kein Anhänger der Centralisation; ich will zwar eine staatliche Einheit, sonst aber möglichst Dezentralisation. Ich wünsche, daß alle Staaten Deutschlands die Einrichtungen behalten, die sie auf zweckmäßige Weise verwalten können; auch die Provinzen, auch die Provinz Hannover, und dehne die s Prinzip auch auf die Kreise und Gemeinden aus. Über die Staatseinheit steht höher, und im Staatsinteresse muß man auch Opfer zu bringen bereit sein, und von dieser Pflicht dürfen sich auch Bremen und Hamburg nicht ausschließen. (Beifall.)

Abg. Görz (Lübeck) bekämpft das Ammendment Grumbrecht, da dies eine ganz unmotivirte Einmischung der Centralgewalt in Privatangelegenheiten bezweckt.

Abg. Meier (Bremen) spricht gleichfalls gegen das Ammendment Grumbrecht. Die Anstalten, welche Abg. Grumbrecht unter Aufsicht des Bundes stellen will, sind Sache der Privaten, Kommunen, Provinzen, nicht des gesamten Landes. Wenn Evans aus dem gemeinsamen Beutel der Steuerzahler bezahlt wird, so müssen auch alle Steuerzahler gleiche Rechte haben. Wenn nun in einem Hafen großartige Schiffer-Anstalten errichtet werden, so erfordert es die Gerechtigkeit, auch anderen Häfen dieselben nicht vorzuenthalten. Solche Anstalten sind aber sehr kostspielig, und das Budget des Reichstages würde ungeheuer damit belastet werden. — Man darf nicht mehr centralisieren, als durchaus nothwendig ist; das will auch der Geist des ganzen Entwurfs, und diesem müssen wir treu bleiben. — Was das Ammendment des Abg. Evans betrifft, so ist es wohl überflüssig, darüber noch zu sprechen, da es selbstverständlich keine Ausicht auf Annahme hat.

Abg. Evans: Die letzten wegwerfenden Worte des letzten Redners sind bei einem so wichtigen wirtschaftlichen Gebiete, wie die Flößerei ist, wohl nicht an ihrer Stelle. Da der Reichstag bis jetzt sehr färglich gegen das Volk in der Gewährung von Freiheitsrechten gewesen ist, hat er wohl um so mehr Veranlassung, um so sorgfältiger die materiellen Interessen zu wahren. Als „Landesratte“ bin ich zwar nicht in die Spezialisten der Frage eingeweiht, weiß aber als „Volkswirth“, ein wie schwerwiegendes Interesse die Frage hat, und möchte deshalb auch diese Branche unter den Schutz des Bundes gestellt wissen. Ich empfehle deshalb meinen Antrag.

Vizepräsident v. Bennigsen übernimmt den Vorsitz.

Abg. De Chapeaurouge (Hamburg) repliziert gegen den Abg. Grumbrecht mit Bezug auf den Streit zwischen Hannover und Hamburg. Die Hansestädte, fährt er fort, haben im allgemeinen Interesse kein Opfer gescheut. Der Beruf der deutschen Staaten ist ein verschiedener; sie haben je nach ihrer Individualität die deutschen Interessen nach verschiedenen Seiten hin zu vertreten. Der eine Staat nimmt die militärischen Interessen wahr, die Hansestädte die Interessen des Handels und Verkehrs; und ich meine, sie haben in dieser Beziehung immer ihre Pflicht gethan. (Beifall.)

Abg. Braun (Wiesbaden): Auch ich bin gegen das Ammendment Grumbrecht. Man darf die Grenze, die zwischen der Staatsgewalt und der bürgerlichen und wirtschaftlichen Gesellschaft besteht, nicht ohne Noth verwischen. In der vorliegenden Frage nun sehe ich durchaus keine Nothwendigkeit für die Einigung des Staates. Bisher haben Hamburg und Bremen diese Sachen befreit mit eigener Einsicht und mit eigenen Mitteln; und ich meine, an sich reißen aus den Händen der Kommunalverwaltung? Ich halte nämlich nun, vor denen ich keine Achtung habe. — Nach den Intentionen des Grumbrechtes würde es nun zwei Wege geben: Entweder macht die Landesverwaltung Befehlschriften und giebt kein Geld; das wäre Unrecht; oder sie macht Befehlschriften und giebt Geld; da würde umso mehrweise das Bundesbudget mit überflüssigen Ausgaben belastet werden. Es hat sich auch bis jetzt gar kein Bedürfnis herausgefunden, an der Seeschifffahrt etwas zu ändern. — Meine Herren! Es gibt eine viel stärkere und mächtigere Gewalt, als die noch so starke

Bundesgewalt, dies ist die große Gewalt der freien Konkurrenz. Diese Gewalt wird Alles regeln ohne die Centralgewalt und ohne so enorme Summen. Und hierbei können wir auch versichern, daß die Sache auch wirklich von denen gemacht wird, die sie am besten verstehen; ob dies gerade die Bundesgewalt und die Nationalvertretung ist, dürfte wohl zweifelhaft sein. Ich wenigstens gehe ganz offen, daß ich von Leuchttürmen und Seetonnen so wenig verstehen, wie andere Landratten. Überlassen wir dies deßhalb den Leuten, die es verstehen. — Es sind nun in der Debatte eine Menge Klagen über die bisherige Verwaltung laut geworden; wenn die Bundesgewalt die Sache hat, wird man erst recht klagen; Alle müssen dann dazu zählen, und Jeder wird dann klagen, der glaubt, nicht genug berücksichtigt zu sein. Geben Sie deßhalb dem Staate, was des Staates ist, und der wirtschaftlichen Gesellschaft, was der wirtschaftlichen Gesellschaft ist. (Beifall.)

Abg. Grumbrecht: Die Anstalten der allgemeinen Schifffahrt sind dazu bestimmt, Allen zu dienen. Es liegt durchaus nicht in der Konsequenz meines Antrages, daß die Bundesgewalt sich in alle Kleinigkeiten mengen soll, sie soll nur die Aufsicht darüber haben. Es ist mir durchaus nicht eingefallen, die Wirksamkeit der Seestädte irgendwie zu schmälern; denn sie haben gewiß große Verdienste um das Vaterland. Sie haben daher ihre Pflicht bis jetzt erfüllt; die Centralgewalt soll aber die Möglichkeit haben, darauf zu sehen, ob sie ihre Pflicht auch in Zukunft thun. Ich empfehle deshalb nochmals die Annahme meines Antrages.

Abg. Michaelis (Uedermünde): Die freie Konkurrenz unter den Seestädten wird schon dafür sorgen, daß jede von ihnen die Einrichtungen trifft, die nötig sind. Mit dem Abg. Evans stimme ich darin überein, daß der Fischfang auf hoher See von hoher wirtschaftlicher Bedeutung ist; er vermehrt nicht nur die Nahrungsmittel, sondern bringt auch die durch die Flüsse abgeführt Dungstoffe dem Lande zurück. Aber eben dieser großen Bedeutung wegen halte ich es nicht für wünschenswert, daß der Staat sich in seiner Gesetzgebung darum kümmert, daß er etwa Prämien aussetzt für eingebrachte Fische und ähnliche Versuchsanstalten, wie sie in anderen Staaten gemacht sind. Nur für den Fall, daß der Fischfang auf hoher See zu Konflikten mit andern gefahrvollen Nationen Anlaß giebt, würde derselbe allerdings unter die Kompetenz der Centralgewalt fallen müssen.

Abg. Meier (Bremen): Zur thatächlichen Berichtigung gegen die Behauptung, daß in andern Staaten es überall Sache der Regierung sei, derartige Einrichtungen herzustellen, um die es sich in dem Antrag des Abg. Grumbrecht handelt, will ich nur darauf hinweisen, daß in England alle diese Gegenstände nicht Sache der Regierung sind, sondern daß gerade die größten Unternehmungen dieser Art, wie die Liverpooller Docks, die großartige Regulirung des Hafen-, als internal improvements, Privatunternehmungen, sind. In Amerika ist ausdrücklich bestimmt, daß diese Angelegenheiten nicht von der Centralgewalt, sondern von den einzelnen Bundesstaaten beauftragt werden. Zu meiner Entschuldigung, daß ich etwas leichtlich über den Antrag des Herrn Evans hinweggegangen bin, will ich bemerken, daß ich die volkswirtschaftliche Bedeutung der Seefischerei durchaus nicht verleugnen, namentlich auch mit Bezug auf die Ausbildung unserer Marine, der Handelsmarine sowohl wie der Kriegsmarine. Ich habe selber Jahre lang Schiffe geschickt nach der Südsee zum Fischfang, ich habe selber Fischereigesellschaften gebildet, und bin vielleicht einer der kompetentesten Urtheiler über die Bedeutung derselben. Wenn ich trotzdem den Antrag des Abg. Evans so wenig berücksichtigt habe, so bin ich dabei von dem Grundsatz aus gegangen, daß der Staat durchaus nicht mit der Regulirung dieser Fischerei sich befassen, sondern dies Privatunternehmungen überlassen müsse.

Die Diskussion wird geschlossen, darauf das Ammendment Grumbrecht abgelehnt. Abg. Evans zieht das von ihm gefestigte Ammendum zurück. Angenommen werden das Ammendment Baum stark und Passus 9. des Art. 4. mit diesem Ammendum, so daß die Fassung derselben jetzt lautet: „Der Flößerei- und Schiffsahrtsbetrieb u. s. w.“ Die Nummern 10 (Post- und Telegraphenwesen), 11 (Bestimmungen über die wechselseitige Vollstreckung von Urteilen und Erledigung von Requisitionen überhaupt), 12 (über die Beglaubigung von öffentlichen Urkunden) werden ohne Diskussion angenommen.

Statt der Nr. 13 („die gemeinsame Civil-Prozeßordnung und das gemeinsame Konkursverfahren, Wechsel- und Handelsrecht“) beantragt der Abg. Lasker: „Die gemeinsame Gesetzgebung über das Obligationenrecht, Strafrecht, Handels- und Wechselrecht und das gerichtliche Verfahren.“ — Und der Abg. Miquel: „Die gemeinsame Gesetzgebung über das bürgerliche Recht, Strafrecht und das gerichtliche Verfahren.“

Abg. Lasker: Zu den Bedürfnissen des deutschen Volkes, die die Verfassung die Mittel an die Hand geben muß zu befriedigen, zähle ich die Einheit des Rechtslebens und der Gesetzgebung, welche sich auf die großen Rechtsysteme bezieht. Diese Bedürfnis ist schon vielfach dokumentirt, sowohl vom ganzen Volke, wie von Fachverständigen Juristen, wie auch endlich Seitens der Regierungen selber. Die Frage, ob das Strafrecht ein gemeinsames sein müsse, ist bereits entschieden durch das gemeinsame Indigenat. Es wird dadurch jeder Bürger eines Bundesstaats zum Bürger aller Staaten des Bundes, und es ist deshalb nothwendig, daß er die Gesetze seines Landes kennt; es wäre aber ein unerträglicher Zustand, wenn Jeder gezwungen sein sollte, die Strafgesetze von 22 Staaten kennen lernen zu müssen. Es hat sich auch schon im Volke eine nach manchen Richtungen hin gemeinschaftliche Rechtsanschauung ausgebildet, die ich mit zu den Hauptmerkmalen der Nationalität rechne. Es hat auch der deutsche Juristentag die Forderung aufgestellt nach einem gemeinsamen Strafrecht, Strafprozeß, Obligationenrecht. Auch die preußische Regierung hat sich diesen Bestrebungen angegeschlossen und im Jahre 1861 eine Kommission zur Ausarbeitung eines Strafrechts, Strafprozeß, Civilprozeß für ganz Deutschland niedergesetzt. Diese hat den deutschen Bund namentlich das Obligationenrecht und den Civilprozeß in die Hand genommen. Preußen hat damals Widerspruch eingelegt und sich an der vom Bunde niedergelegten Kommission nicht beteiligt, aber nur aus dem formalen Grunde, weil es dem Bunde die Kompetenz der Gesetzgebung hierüber abprach. Dieser formale Grund fällt jetzt weg, und mein Antrag beweist eben die Ertheilung dieser Kompetenz an die neue Bundesgesetzgebung. Ich halte mich aber für verpflichtet, auseinanderzusetzen, warum ich bei dem einen System der Gesetzgebung nur das Obligationenrecht genannt wissen will. Das Civilrecht enthält noch außerdem die Materien des Sachenrechts, des Personen- und Erbrechts.

In keiner dieser Materien liegt die Nothwendigkeit einer gemeinsamen Gesetzgebung so klar vor, als bei dem Obligationenrecht. Erb- und Personenrecht modifizieren sich sogar nach den verschiedenen Provinzen: das Obligationenrecht dagegen hat weit mehr die Merkmale einer besonderen Rechtsmaterie, und dies um so mehr, seitdem wir ein einheitliches Handels- und Wechselrecht haben. Dasselbe ist auch bereits von der Bundeskommission, die in Dresden tagte, ausgearbeitet und es liegt darin ein wertvolles Material vor. Es wird also keine Schwierigkeiten haben, schon in einer der nächsten Sessioen des Reichstages daran heranzutreten. Nun weiß ich zwar, daß eine völlige Trennung von Personen- und Obligationenrecht nicht leicht sich vornehmen läßt, daß beide Materien vielfach untereinander laufen. Indessen es wird unsere Sache sein, zu unterscheiden, in wie weit einzelne Punkte daraus herbeigezogen werden müssen. Auch jene Kommission hat einzelne Bestimmungen des Personenrechts vermöge ihres inneren Konusses mit in das Obligationenrecht aufgenommen. Der Anschauung, daß Strafrecht und Strafprozeß der Einzelgesetzgebung überlassen werden müssen, kann ich mich nicht anschließen. Es steht derselbe nicht nur das Gutachten sachverständiger Juristen gegenüber, sondern auch die Natur der Sache selber, die in der gemeinsamen Rechtsanschauung des Volkes liegt, die gerade zu den fundamentalen Begriffen der Nationalität gehört. Den Erweiterung des Antrages auch auf den Civilprozeß bin ich zwar nicht entgegen, bin aber bisher davon abgestanden, da das Bedürfnis danach sich noch nicht so dringend manifestiert hat.

Abg. Miquel: Es spricht durchaus nichts dafür, die Bundesgesetzgebung in dieser Hinsicht nur auf die in Nummer 13 angeführten Punkte zu beschränken, die anderen aber in meinem Antrage erwähnten Gebiete auszuschließen. Alle Gründe, die jene sprechen, können auch für diese angeführt werden. Der Entwurf ist hier durchaus willkürlich, während mein Antrag allein der Aufgabe, die wir an die Verfassung stellen müssen, entspricht. Die Befürchtungen von zu starke Centralisierung sind lediglich Gespenster. Der Entwurf schließt ja die Gesetzgebung der Einzelstaaten nicht aus; nur im Falle eines Konfliktes zwischen beiden soll die Bundesgesetzgebung maßgebend sein. Die Rechtsverschiebung der einzelnen Staaten ist also durchaus nicht gefährdet. Das Streben nach der RechtsEinheit muß nothwendig der Kompetenz des Bundes überlassen werden. Die Entwicklung der Wissenschaft ist der gesetzlichen Formulierung vorausgegangen. In gewisser Beziehung ist schon eine gemeinsame Rechtsüberzeugung vorhanden. Unsere Rechtswissenschaft hat eine wesentlich nationale Tendenz, das beweisen nämlich die beiden Pole derselben, Puchta und v. Gerber. Und da dies allgemeine Rechtsbewußtsein einmal vorhanden ist, muß der Bunde auch die Mög-

lichkeit haben, dasselbe in Gesetzen zu fixiren. Wir machen ja heute keine Gesetze, sondern reservieren uns nur die Möglichkeit, in Zukunft solche zu machen. Die Behauptung, daß man zur Bundeskompetenz nur diejenigen Rechtsmaterien rechnen dürfe, die sich auf den Verkehr der Deutschen untereinander beziehen, ist völlig unhaltbar. Ich beweise auch sehr, ob man ein Obligationenrecht abgesondert vom übrigen Rechtssystem wird herstellen können. Giebt man dem Bunde die volle Kompetenz, so sind Konflikte mit den übrigen Rechtsmaterien nicht zu vermeiden, z. B. mit dem Familienrecht in Bezug auf die Volljährigkeit. Wir präjudizieren dagegen in keiner Weise, wenn wir die Kompetenz uns reservieren, wie ich sie vorgeschlagen. Wenn es in einzelnen Fällen zur wirtschaftlichen Gesetzgebung käme, so würde ich wahrscheinlich auf Seite derjenigen stehen, welche durch die Tugend haben vor zu starken Centralisten; aber wir wollen ja jetzt nur dem zu gründenden Staat Saft und Blut geben, nicht alle lokalen und provinziellen Eigenthümlichkeiten vernichten. Wenn Sie jetzt meinen Antrag ablehnen, so werden Sie später auf denselben im Wege der Verfassungsänderung zurückkommen müssen. Aber man muß nicht Alles der Zukunft überlassen; in den Dingen, die durchführbar und klar vorliegen, muß man handeln, wenn das Bedürfnis da ist, und da ist es schon jetzt.

Abg. Mayer (vom Platze): Zur Tribune: Meine Herren! die Mehrheit des Abgeordneten mit der Tribune ist keine obligatorische (Heiterkeit). Ich schide meinen Gründen voraus, daß ich vielleicht zu den entschiedensten Partikularisten gehöre, indem ich allein den Standpunkt meiner Wähler im Fürstenthum Schwarzburg-Sondershausen vertrete. Allerdings habe ich von diesem Standpunkte aus kein Bedenken, die Kompetenz der Bundesgesetzgebung zu erweitern, wie der Abg. Lasker es vorgeschlagen hat. Wenn der Abg. Dr. Schwarze Zweifel gegen die Gültigkeit eines allgemeinen deutschen Strafrechts äußerte, so mag zum Theil seine Vorliebe für das übrige vorzüglich königliche Strafgesetzbuch daran Schuld sein. Er läuft aber nicht Gefahr, daß selbe zu verlieren, im Gegenteil, es wird bei der allgemeinen Gesetzgebung mit zu Rathe gezogen und wahrscheinlich Gemeingut der Nation werden. Gegen das, was der Abgeordnete für Reuß jüngere Linie gesagt hat, muß ich für meine eigene Heimat Verwahrung einlegen. Ich gehe zu, daß sein Landchen sich einer trefflichen Regierung erfreut, aber unter Fürstenthum wird seit 31 Jahren so veraltet, daß diese Verwaltung dereinst in der Geschichte Anerkennung finden wird.

Abg. Wagner (Altenburg) erklärt sich einfach für das Ammendum. Miquel.

Abg. Dr. v. Wächter: M. S., ich nehme nur das Wort, um mich möglichst gegen jede Beschränkung in unserem Ziel der Gemeinheit der Gesetzgebung, das wir uns nicht genug stecken können, in aller Kürze auszusprechen. Allerdings werden noch viele Jahre vergehen, ehe unsere Wünsche volle Verbindung finden können, aber weshalb wollen wir diese Befreiungen selbst beschränken, weshalb nicht dem künftigen Parlament die Befugnis geben, ein allgemeines Civilrecht und Strafrecht auszuarbeiten. Ist es denn durchaus nötig, daß man, wenn man eine Reise von 6 Meilen unternehmen will, sich 6 verschiedene Gesetzbücher für 6 verschiedene Landchen in die Tasche stecken muß, um sich vor allen Fahrlichkeiten zu bewahren? Die Gesetze werden nicht für die Theorie, sondern für die Praxis und das Leben geschaffen; es gilt, dem praktischen Bedürfnis zu genügen. Ist es nicht in hohem Grade ein öffentlicher Nachteil, daß irgend ein Verbrechen in einem Theile Deutschlands mit Todesstrafe in dem anderen bloß mit einigen Jahren Gefängnis bestraft wird? Wenn z. B. jemand einen anderen mit seiner freiwilligen Einwilligung tödet, so wird er in Preußen mit Todesstrafe bestraft. Wenngleich nun auf Todesstrafe erkannt werden, ob dieselbe vollzogen wird, ist freilich eine andere Sache. In Sachen wird aber für denselben Fall höchstens mit 5 Jahren Freiheitsstrafe, also nicht einmal mit Buchstaben bestraft. Drei Schritte derselben oder jenseits der sächsisch-preußischen Grenze kann derselbe die Todesstrafe nach sich ziehen oder nur eine leichte Freiheitsstrafe.

Nur sagt man zwar, es sei auf lange Zeit nicht möglich, ein allgemeines Strafgesetzbuch einzuführen, aber meine Herren, wenn in Preußen so viele provinzielle Eigenthümlichkeiten dem preußischen Strafgesetzbuch sich fügen müssen, wenn die neuen Provinzen dies jetzt thun müssen, dann sehe ich nicht ein, weshalb nicht noch einige Länder mehr zu Gunsten eines allgemeinen deutschen Strafrechts ihre Sondergesetze opfern können. Über die Todesstrafe, wendet man ein. Nun gut, wenn sie in 11 Staaten abgeschafft ist, sollte sie dann besser sein, in den übrigen 11 beizubehalten, oder sie ebenfalls abzuschaffen? Ebenso verhält es sich mit dem Gefängnis. Dasselbe Gefängnis, das für Berlin passt, wird auch in Dresden nicht passen. Selbst gegen ein allgemeines Civilgesetzbuch und ein Allgemeines Wechselrecht, und können wenigstens zunächst ein allgemeines Obligationenrecht hinzufügen, das ich sehr wichtig halte. Es werden natürlich noch manche partikularistische Interessen zu schonen sein, aber ich sehe nicht ein, weswegen wir nicht wenigstens im Prinzip die allgemeine Gesetzgebung im Straf- und Civilrecht annehmen sollen. Lassen Sie uns dies als ein erstrebbares Ziel der Zukunft in die Verfassung aufnehmen und schreien wir vor den Hindernissen nicht zurück. Wir haben einen bedeutsamen Standpunkt, was wir hier festlegen, ist öffentliches Recht für den Norddeutschen Bund. Lassen Sie uns dieser Aufgabe gerecht werden, so weit irgend unsere Kräfte re

zu kriegen, was das ganze Volk dort wünscht und erhofft. (Sehr richtig! Heiterkeit.) Bei der Trost- und Hülfsigkeit des Volkes hat sich bei ihm eine gewisse Bekommenheit eingeschlichen und alle Blide und alle Hoffnungen sind auf Berlin gerichtet. Ja, meine Herren, ich nehme keinen Anstand, es hier auszusprechen, daß man dort eine sehr landläufige Redensart im Volke begegnet: „wenn das nicht anders wird, und wenn das nichts hilft, und wenn alle Stricke reißen, dann gehen wir zu Bismarck!“ (Sturmische Heiterkeit und Gelächter, in das der Ministerpräsident mit einstimmt.)

Die Sicherheit des Rechtsgefühls ist dort in weiten und breiten Kreisen, ich nehme keinen Anstand, es zu sagen, so weit gediehen, daß man über alle Instanzen hinaus in dem Herrn Grafen Bismarck noch allein die ganz unentbehrliche Rettungsinstanz erblickt. (Sturmisches Gelächter.) Es geht durch meinen Mund ein Notshrei an Sie: Helfen Sie! Es herrscht dort kein böser Wille, aber das Fürstenthum Reuß ältere Linie ist etwas für sehr individualistisch und da muß die Bündnisgegebung zu Hilfe kommen. (Sehr richtig!) Halten Sie beim Hinblick auf unsere dem ganzen Vaterlande gewidmete Thätigkeit fest an dem schönen Spruch: Wer der Geringsten einem dies gethan, der hat es auch mir gelhan! Ich ersuche Sie, die Anträge möglichst zu unterstützen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. v. Gerber: Wer so spät und nach so interessanten Rednern die Tribüne betritt, hat eine schwierige Aufgabe, die Aufmerksamkeit des Hauses zu fesseln. Ich will mich daher kurz fassen. Für die gemeinsame Gesetzgebung in Civil- und Strafrecht spricht schon der Umstand, daß diese Idee alle deutsche Juristen lebhaft beschäftigt. Vor Allem thut uns ein gemeinsames Strafrecht Noth und ich weichen darin von der Ansicht des verehrten Kollegen Dr. Schwarze ab, daß mir in keinem Recht eine Einigung leichter scheint, als gerade in diesem.

Der Verfassungsentwurf scheint in dieser Beziehung eine wesentliche Lücke zu enthalten, aber dabei ist in Betracht zu ziehen, daß nach dem ganzen Plane des Entwurfs nur diesenigen Gesetze als geneine angesehen werden, die sich unmittelbar auf politische und wirtschaftliche Interessen beziehen. Man hat aber damit auf dem Rechtsgebiete die allgemeine Gesetzgebung nicht verneinen wollen. In der Konstituierung des Bundes selbst liegt kein Hindernis für die volle Bedeutung dieser edlen und berechtigten Ziele der Nation. Wir können im Sinne Miquels schon jetzt in den Entwurf eine Vollmacht aufnehmen, zu handeln, wenn ein Handeln im allgemeinen Interesse erforderlich ist. In Bezug auf das Strafrecht habe ich schon für die nächste Zukunft kein Bedenken, dagegen können wir im Privatrecht nur schonend und stückweise vorgehen. Sprechen Sie nur die Vollmacht für dieses Vorgehen aus und Sie werden die deutschen Juristen ihrem eigentlichen Beruf zurückgeben, den sie zum Theil schon verloren haben. (Bravo!)

Der Schluss der Debatte wird angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Jäger: Ich bemerke dem Abg. Sachse, daß ich über die Rechtsverhältnisse der Juden im Königreiche Sachsen blos eine Vermuthung ausgesprochen habe. Der Abg. Sachse, der sich in der sächsischen Kammer vor Allen durch Feindseligkeit gegen Preußen ausgezeichnet hat (Der Präsident: das überschreitet die Grenzen einer persönlichen Bemerkung) — Ich befürte, daß er im Sinne des sächsischen Volkes spricht. — (Präsident: auch das ist keine persönliche Bemerkung.) — Redner wendet sich gegen den Abg. Kaiser, wird nochmals vom Präsidenten unterbrochen und verzichtet dann auf das Wort.

Abg. Dr. Schwarze bemerkt, daß er nicht aus Vorliebe für die sächsische Gesetzgebung gesprochen habe; er befindet sich hier auf nationalem Boden und spreche darnach.

Abg. Gebert: Der Abgeordnete für Reuß ältere Linie hat gesagt: die sächsische Gesetzgebung beruhe zum Theil auf Verfassungsverlegung.

Präsident: Auch das ist keine persönliche Bemerkung, der Abgeordnete hat nicht behauptet, daß Sie die Verfassung verlegt haben. (Heiterkeit.)

Man schreitet zur Abstimmung. Abg. Miquel beantragt Theilung seines Antrags. Abg. Lasker dagegleichen.

Der Eingang des Antrags Miquel wird abgelehnt; er zieht darauf den übrigen Theil zurück. — Der Antrag Lasker wird in allen Theilen und mit denselben dann die so veränderte Nr. 13. der Vorlage angenommen. Einem Antrage auf Vertagung wird Volle gegeben. — Schluß der Sitzung 3 Uhr. Nächste Sitzung: Morgen, Donnerstag 10 Uhr. T. D.: Fortsetzung der heutigen Spezialberatung über Abschnitt II., 4. und 5., und Abschnitt III., IV. und V. des Verfassungsentwurfs.

Parlamentarische Nachrichten.

Die neuesten heute Abend erschienenen Abänderungs-Vorschläge zum Entwurf der Verfassung des Norddeutschen Bundes lauten:

Zu Art. 5. Hinter die Worte: und dem Reichstag hinzuzufügen: welcher vorläufig und bis zur legislativ herbeiführenden Begründung eines Oberhauses eine einzige Versammlung bildet. Motive: Notwendigkeit eines Mittelgliedes zwischen Volksvertretung und Regierung. Berlin, den 20. März 1867. Graf Galen.

Zu Abschnitt V. Neuer §. 21. Der Reichstag besteht aus zwei Versammlungen, dem Ober- und dem Unterhause. Ersteres wird gebildet: a) aus Vertretern der einzelnen Länder, zwei für jede Stimme, welche aus dem Herrenhaus oder den ersten Kammern der verschiedenen Staaten durch die resp. Regierungen zu bezeichnen sind; b) aus den Häuptern der früher reichsunmittelbaren jetzt mediatistischenfürstlichen und gräflichen Familien; c) und zwar primo loco aus denjenigen Souveränen, welche früher oder später geneigt sein könnten, ihre Souveränität in die Hände des Bundes freiwillig niedergelegen.

Art. 22. Das Unterhaus geht aus allgemeinen (und so weiter mutatis mutandis). Motive: Die durch die Geschichte hinlänglich erprobte Notwendigkeit eines Mittelgliedes zwischen Regierung und Volksvertretung. Berlin, den 20. März 1867. Graf Galen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, den 21. März.

[Offentliche Sitzung der Stadtverordneten am 20. d.] Eröffnung um 3½ Uhr Nachmittags durch den Vorsitzenden, Rechtsanwalt Pilek. Anwesend sind die Stadtverordneten B. H. Asch, R. Asch, Bielefeld, Briske, M. Czapski, Beckert, Garvey, Gerstel, Dr. Hantke, B. Jaffe, S. Jaffe, Knorr, Lüpke, Mäze, G. Meyer, Mügel, Nitkowski, Reimann, R. Schmidt, G. Schulz, Tschuschke, E. Türk, Dr. Wenzel, Zeyland. Der Magistrat ist vertreten durch den Bürgermeister Schleis, die Stadträthe Annus, Berger, Dr. Müller, Dr. Samter, Stenzel.

Bor Eintritt in die Tagesordnung macht der Vorsitzende der Versammlung folgende geschäftliche Mitteilungen. Die Rechtskommission hat ihre Konstituierung angezeigt; Vorsitzender derselben ist der Justizrat Tschuschke, Stellvertreter Rechtsanwalt Mügel. Vorsitzender erucht die andern Kommissionen, sich gleichfalls möglichst bald zu konstituieren. Darauf macht die Schulkommission Anzeige von ihrer Konstituierung, in der zum Vorsitzenden der Stadtverordnete G. Meyer, zum Stellvertreter der Stadtverordnete B. Jaffe gewählt worden ist. Der Magistrat hat ein Schreiben übergeben, worin der Rektor Hielscher angezeigt, daß der Geburtstag Sr. Maj. des Königs am 22. März c. von der städtischen Mittelschule in herkömmlicher Weise begangen wird, und lädt zur Theilnahme an dieser Feier ein. Der Magistrat zeigt ferner an, daß der Prof. Dr. Szafarkiewicz um seine Entlassung aus dem Lehrerkollegium der städtischen Realschule nachgefragt hat, die ihm vom 1. April c. ab bewilligt wird. Eine öffentliche Aufforderung zur Bewerbung um die vakant gewordene Stelle für die Naturwissenschaften im polnischen Cottus der Realschule ist bereits ergangen.

Tagesordnung: 1) Betreffend die Niederlegung des Amtes als Stadtverordneter seitens des Kaufmanns Herrn Breslauer. Die Angelegenheit war der Rechtskommission zur Begutachtung übergeben worden, die sich dahin ausspricht: Herr Breslauer sei seit dem Jahre 1848 Stadtverordneter, jedoch nicht ununterbrochen, auch in den letzten drei Jahren nicht; es spreche kein positiver Rechtsgrund für seinen Austritt, doch liege

es in der Billigkeit, daß die Versammlung dem dringenden Wunsche des Herrn Breslauer, der viele Jahre hindurch für das Wohl der Stadt thätig gewesen, nachkomme. Aus der Versammlung wird betont, daß von diesem Austritt leicht ein Präjudiz hergeleitet werden könnte und daß die Versammlung verpflichtet sei, die Austrittserklärung des Herrn Breslauer, da sie sich auf keinen Rechtsgrund stütze, zurückzuweisen. Der Referent der Rechtskommission hebt hervor, daß ein bloßer abschlägiger Bescheid in diesem Falle wirkungslos bleibe, weil die Versammlung keine Zwangsmafregeln anwenden könne. Hiergegen wird auf §. 54 der Städteordnung verwiesen, der die Versammlung ausdrücklich zu Zwangsmafregeln berechtigt, wie Untersagung der Ausübung des Bürgerrechts auf ein Jahr und Erhöhung des Steuerbefrages bis zum vierten Theile des bisherigen Betrages. Der Vorsitzende stellt hierauf den Antrag zur Abstimmung, Herrn Breslauer zu ersuchen, daß er seine Austrittserklärung zurücknehme. Der Antrag wird mit großer Majorität angenommen.

2) Ablösung der Rente von der Folucz-Mühle Nr. 162. St. Martin. Die Rechtskommission, welche über die Sache zu berichten hat, beantragt, daß die Ablösung der Rente von der Folucz-Mühle im Betrage von 27 Thlr. 1 Sgr. durch den 20fachen Betrag mit 540 Thlr. 20 Sgr. Seitens der Stadt stattfinde. Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

3) Betreffend die Zeichnung von 120,000 Thlr. Aktien auf den Bau der Posen-Frankfurt= resp. Gürteler Eisenbahn. Die Versammlung beschloß, in Übereinstimmung mit den Schluszanträgen des Referenten der Finanzkommission, Herrn B. Jaffe, die Sache ihrer großen Wichtigkeit halber, insbesondere zur Berathung über die Höhe der Aktienbeteiligung einer gemischten Kommission zu einer nochmaligen Prüfung zu übergeben. Seitens der Versammlung werden in die Kommission gewählt: die Stadtverordneten Knorr, B. Jaffe, Tschuschke, Breslauer, Nitkowski, G. Bielefeld, Dr. Matecki, S. Jaffe. Sobald die gemischte Kommission zusammengetreten ist, soll die Angelegenheit in einer außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten erledigt werden.

4) Betreffend die Reparatur der Wallischeibrücke. Die Wallischeibrücke ist einer gründlichen Reparatur bedürftig, wozu ein Anschlag des Magistrats 3900 Thlr. fordert, welcher Betrag aus dem angejammelten Brückenbaufonds bestritten werden soll. An der Brücke ist der Ober- und Unterbelag zu erneuern und soll außerdem ein Hängewerk rechts an der Brücke statt des unter der Brücke befindlichen Hängerahms angebracht werden. Der Anschlag des Magistrats ist von der Baukommission geprüft und um 400 Thlr. abgesetzt, also auf 3500 Thlr. reducirt worden. Stadtbaudirektor Stenzel hebt hervor, daß die Gesamtsumme des Anschlags vom Magistrat absichtlich höher gegriffen worden ist, da sich voraussichtlich bei der Reparatur der Brücke noch sehr erhebliche Schäden herausstellen werden, die im Anschlag nicht aufgenommen sind. Im Eisenzeuge, das namentlich im Preise reducirt worden ist, sei übrigens auf einen nicht geringen Auffall zu zählen, weil die Arbeit über dem Wasser stattfinde; außerdem sei in den Anschlag aus Versehen eine Arbeit von ca. 100 Thlr. nicht mit aufgenommen worden. Die Versammlung möge daher die Summe von 3900 Thlr., wie sie der Antrag des Magistrats fordert, stehen lassen, da nach vollendeter Arbeit spezielle Rechnung gelegt werden soll. Die Kommission bleibt bei ihrem Antrag, die Versammlung möge den Anschlag um 400 Thlr. verringern; sollten sich noch besondere Schäden herausstellen, so möge die Versammlung die erforderlichen Kosten nachträglich bewilligen. Die Versammlung beschließt dem Kommissionsantrage gemäß.

5) Betreffend die Wahl von Mitgliedern in das Kuratorium der Realschule. Der Magistrat theilt in einem Schreiben vom 6. d. Mts. mit, daß aus dem Kuratorium der Realschule der Fabrikbesitzer Dr. Cegielski und der Stadtverordnete Dr. Hantke ausscheiden, wodurch die Neuwahl zweier Mitglieder des Kuratoriums, und zwar eines katholischen und eines jüdischen, auf die Dauer von 3 Jahren notwendig wird. Die Versammlung wählt den Stadtverordneten Dr. Hantke wieder und an Stelle des Fabrikbesitzers Dr. Cegielski den Stadtverordneten Dr. Matecki.

6) Die Angelegenheit, betreffend die Anlegung der Wasserleitung im Rathaus, im Stadttheater, in der Realschule und im städtischen Krankenhaus, kann noch nicht definitiv beschlossen werden, weil die Aufbringung der Kosten ca. 4000 Thlr. noch nicht festgesetzt ist.

7) Betreffend die Erledigung der gefassten Beschlüsse der Stadtverordneten. Der Stadtverordnete Dr. Hantke hat einen Antrag eingebracht, die Versammlung möge beschließen, daß über den Verlauf der gefassten Beschlüsse der Stadtverordneten am Schlusse eines Vierteljahres durch eine metallographirte Vervielfältigung in kürzester Fassung sämtlichen Mitgliedern des Stadtverordneten-Kollegiums Mittheilung gemacht werde. Motive: Viele der gefassten Beschlüsse schwinden aus dem Gedächtnisse und gehen auf diese Weise verloren. Sie jedesmal erst in dem Protokolle nachzulesen ist aber beschwerlich und zeitraubend und daher zu empfehlen, daß die Resultate schriftlich jedem Mitgliede in die Hand gegeben werden. Der Stadtverordnete Nitkowski empfiehlt eine besondere Aufstellung der Resultate im Protokollbuch neben dem ausführlichen Protokolle. Dagegen wird geltend gemacht, daß dadurch die Beschlüsse immer nicht in die Hände der Mitglieder gelangen. Auf Antrag des Vorsitzenden wird die Sache der Rechtskommission übertragen, welche über die Ausführung Vorschläge machen soll.

8) Betreffend die Veranlagung der königl. Bank-Kommandite zur städtischen Einkommensteuer. Der Magistrat theilt unter dem 12. d. M. mit, daß er mit der königl. Bank-Kommandite in Korrespondenz gestanden wegen Veranlagung zur städtischen Einkommensteuer. Ein dem Magistrat zugegangenes Ministerial-Rescript verneint die Frage, ob die königl. Bank-Kommandite zur Kommunalsteuer heranziehen sei, indem es ausführt und ein richterliches Urteil zu Grunde legt, die Bank treibe kein stehendes Gewerbe, sei nicht einmal zum Zwecke eines Gewinnes da, vielmehr zur Hebung des Gewerbes und des Verkehrs, nur Gewerbetreibende seien steuerpflichtig. Magistrat hält die Einführung des Rechtsweges nicht für geeignet, dem sich auch die Kommission anschließt, beabsichtigt aber in Gemeinschaft mit anderen Städten eine Petition an das Abgeordnetenhaus in dieser Angelegenheit. Die Versammlung ist damit einverstanden.

9) Betreffend die Verpachtung der Stadtwaage. An den Magistrat war Seitens der Versammlung die Anfrage erlangt, ob es sich nicht empfehle, die Stadtwaage zu verpachten. Der Magistrat hat hierauf bei der Handelskammer angefragt, ob denn überhaupt die Stadtwaage in ihrer gegenwärtigen Einrichtung noch Bedürfniß sei. Die Handelskammer erklärt, daß es nothwendig sei, die Stadtwaage zu erhalten, wie sie jetzt bestehet. Die Nettoeinnahme, welche die Stadtwaage der Stadt gewährt, beträgt jährlich ca. 700 Thlr., die bei einer Verpachtung schwer zu erzielen wären; daher ist eine Verpachtung nicht zu empfehlen. Die Versammlung sieht den Gegenstand hiermit als erledigt an.

10) Betreffend das Statut der Stipendiengesellschaft in Folge der Berger'schen Schenkung. In der vorigen Sitzung überreichte die Versammlung das ihr vom Magistrat vorgelegte Statut der Berger'schen Stipendiengesellschaft dem Stadtrath Berger für etwaige Zusätze und Änderungen. Das Statut legt der Stadtgemeinde die Verpflichtung ob, in Folge der Schenkung der Realschule ein Stipendium von jährlich 400 Thlr. für 2 junge Leute, welche die städtische Realschule durchgemacht, das Abiturienten-Cramen auf derselben gemacht haben und darauf gewerbliche oder höhere Lehramtstalten besuchen. Die Zahlung erfolgt so lange wie die städtische Realschule besteht. Die Summe von 400 Thlr. wird in den städtischen Etat aufgenommen und beginnt mit dem 1. Januar c. Die Zahlung des Stipendiums erfolgt auf zwei Jahre halbjährlich pränumerando. Sie kann ausnahmsweise z. B. bei Kunstreisen verlängert werden. Die Zahlung hört auf, wenn der Empfänger des Stipendiums die Lehramtstalt verläßt oder wenn er sie gar nicht besucht oder wenn seine Führung tadelnswert ist. Die Personen, welche das Stipendium erhalten sollen, bestimmt der Stadtrath Berger selbst. Nach seinem Tode ist dies Sache des Magistrats; jedoch sollen dann vorzugsweise bedürftige und — wie Herr Berger ausdrücklich hinzugefügt hat — würdige Mitglieder der Berger'schen Familie berücksichtigt werden. Herr Berger hat außerdem den §. 2. des Statuts dahin ergänzt, daß das Stipendium ohne Unterschied der Konfession und Religion vertheilt werden soll. Eine Interpellation aus der Versammlung, ob unter höheren Lehramtstalten die Universität mit inbegriffen sei, wird im Einverständnis mit Herrn Berger dahin entschieden, daß darunter höhere Lehramtstalten überhaupt, also auch die Universität gemeint ist. Das Statut wird nunmehr dem Magistrat übergeben.

Ein Antrag aus der Versammlung betreffs der Kloakenausfuhr wird bis zur nächsten Sitzung vertagt. Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 6 Uhr Abends. Die persönlichen Angelegenheiten werden in geheimer Sitzung erledigt.

— Heute mit dem Vormittagszuge langte eine Deputation Breslauer Bürgers hier an, welche dem 50. Infanterie-Regiment ein für dasselbe bestimmtes Geschenk, einen Halbmond, überbrachte. Zur Empfangnahme desselben waren Deputationen sämtlicher Kompanien des Regiments, eine volle Kompanie so wie das Musikkorps desselben auf dem Bahnhofe versammelt. Der Halbmond, besonders prächtig ausgestattet, wurde dem Letzteren vorgetragen. Es hatte sich auch eine große Menge Civilpersonen eingefunden, weil bei dieser Gelegenheit zum ersten Male die erbauete große Trommel von dem Hundegespann gezogen wurde, daß bei der großen Menschenmenge in der Stadt indeß kaum gesehen wurde.

— Am Geburtstage Seiner Majestät des Königs werden, wie üblich, von den beim Magazin aufgestellten Geschützen 101 Schuß abgefeuert werden, und zwar in 3 Pausen um 6 Uhr früh, Vormittags 11 Uhr, Nachmittags 4 Uhr. Die Bewohner der nächstliegenden Häuser werden wohlthun, durch Deffnen der Fenster vor dem Zerspringen der Scheiben sich zu schützen.

— Auf die morgige Theater-Festvorstellung zur Feier des Geburtstages Sr. M. des Königs, mit der zugleich die Hoffschauspielerin Frau Bethge-Truhn von uns Abschied nimmt, machen wir des vielversprechenden Programms wegen hiermit noch besonders aufmerksam. Zur Aufführung kommen: das Scribe'sche Lustspiel „Ein Glas Wasser“ mit Frau Bethge-Truhn als Herzogin Marlborough und der von uns als ein Glanzpunkt ihres Spiels bezeichnete dritte Act aus „Deborah“ mit der Fluchscene.

— Das diesjährige Programm des königl. Friedrich-Wilhelm-S-Gymnasiums enthält eine wissenschaftliche Abhandlung des ordentlichen Lehrers Dr. Wahnsmuth „Quaestiones criticæ in Senecam rhetorem“, sowie die üblichen Schulnachrichten des Herrn Direktors, Professor Dr. Sommerbrodt, denen wir folgende Notizen entnehmen:

Seit Ostern 1866 sind aus dem Kollegium geschieden: 1) Schulamtsdienst Schumacher (zu Ostern); 2) kathol. Religionslehrer Rudolf; 3) der dritte Oberlehrer Ritschl (starb den 18. August); 4) der erste ordentliche Lehrer Dr. Peter (zu Michaelis). Aufgetreten sind: 1) Probefeldschiff Dr. Eschenburg (zu Ostern); 2) Dr. Plueß (zu Michaelis); 3) kathol. Religionslehrer Stefan Kehler (zu Michaelis); 4) Schulamtsdienst Seebold (zur Vertretung des verstorbenen Oberlehrers Ritschl von Michaelis 1866 bis Ostern 1867).

Gegenwärtig sind am Gymnasium und der mit ihm seit dem 1. Januar 1867 vereinigten Vorschule beschäftigt:

1. Professor Dr. Sommerbrodt, Direktor,	
2. erster Oberlehrer Professor Dr. Neydecker,	
3. zweiter Dr. Müller,	
4. dritter Dr. Liesler,	
5. vierter Dr. Starke,	
6. fünfter Pohl,	
7. sechster Dr. Moritz,	
8. siebenter Dr. Heidrich,	
9. erster ordentlicher Lehrer Dr. Briegeer,	
10. zweiter Dr. Wahnsmuth,	
11. dritter Dr. Kapp,	
12. vierter Dr. Barthold,	
13. fünfter v. Morstein,	
14. sechster Dr. Boregsch,	
15. siebenter Dr. Buhenden,	
16. achter Schmidt,	
17. neunter Dr. Plueß,	
18. evangel. Religionslehrer Prediger Herwig,	
19. kathol. Lehrer der polnischen Sprache Woliński,	

I. IIa. IIb. Ob.IIIa. Ob.IIIb. Unt.IIIa. Unt.IIIb. IVa. IVb. Va. Vb. VIa. VIb. 29 19 40 33 35 43 46 48 58 57 44 45 von denen 28 evangelischer, 18 katholischer Konfession, 237 jüdischer Religion; in der Vorschule auf 118, und zwar in I. 64, in II. 33, in III. 21, von denen 67 evangel., 6 kath. Konf., 45 jüd. Relig.; zusammen im Gymnasium und Vorschule auf 658, von denen 352 evang., 24 kath. Konf., 282 jüd. Religion.

Im Winterhalbjahr 1866/67 betrug die Zahl der Schüler in den Gymnasialklassen 508, und zwar in

I. IIa. IIb. Ob.IIIa. Ob.IIIb. Unt.IIIa. Unt.IIIb. IVa. IVb. Va. Vb. VIa. VIb. 27 27 33 32 38 36 39 37 38 53 56 47 45 von denen 260 evangelischer, 17 katholischer Konfession, 231 jüd. Religion; in der Vorschule 132, und zwar in I. 68, in II. 35, in III. 29, von denen 73 evang., 7 kath. Konf., 52 jüd. Relig.; zusammen im Gymnasium und Vorschule 640, von denen 333 evang., 24 kath. Konf., 283 jüd. Religion.

Mit dem Bezeugnis der Reife sind zu Michaelis 1866 von der Anstalt entlassen worden: 1) Otto Massalien, Sohn des königl. Ober-Stabsarztes Herrn Massalien zu Posen. 2) S. Igel, Sohn des Lehrers Herrn Igel zu Posen.

Zum Ostertermine dieses Jahres haben sich folgende Abiturienten gemeldet: 1) Richard Greulich, Sohn des königl. Musikdirektors Herrn Greulich zu Posen, 2) Julius Donath, Sohn des verstorbenen Domänenpächters Donath, (war 4 Monate als Freiwilliger im preußischen Heere), 3) Wolf Dettig, Sohn des Kaufmanns Herrn Dettig in Ratisdorf, 4) Eugen Herrmann, Sohn des königl. Provinzial-Steueramts-Sekretärs Herrn Herrmann zu Posen, 5) Emil Hartmann, Sohn des verstorbenen Kreisgerichts-Sekretärs Hartmann zu Rogasen.

Wie in den vorhergehenden Jahren erhaltenen bedürftige Böglings eine Anzahl Schulbücher aus der Bibliothek geliehen. Von Schulbüchern bereit waren im Kalenderjahr 1866 außer den Lehrersöhnen 18% der übrigen Schüler; im Kalenderjahr 1867 dürfen außer den Lehrersöhnen 17% freischule erhalten. Die in den Jahren 1860 und 1862 begründeten Stipendien im Betrage von je 50 Thaler jährlich gingen zwei Studirende, frühere Schüler des Gymnasii. Der in ein Schul-Stipendium umgewandelte Prämienfonds von 50 Thaler wurde zu Ostern 1866 unter die damaligen Abiturienten verteilt.

Der von der Kasse des Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums verwaltete neu eingebrachte Stipendienfonds, zu welchem im Jahre 1865 der Grund gelegt worden ist, beläuft sich auf 144 Thlr. 4 Sgr. 3 Pf., nachdem er im Schuljahr 1866/67 um folgende Beiträge vermehrt worden: 5 von Hrn. Louis Jaffe 10 Thlr., 6 von Herrn Buchhändler Leyhausen 5 Thlr.

Das Schuljahr wird Sonnabends den 13. April geschlossen. Die Anmeldung neu eintretender Schüler haben für die Vorbereitungsklassen Dienstag den 16. April von 10—12 Uhr, für die Gymnasialklassen Sonnabend den 27. April zu erfolgen. Zur Aufnahme ist ein Taufzeugnis oder ein Geburtschein erforderlich.

Der Abgeordnete von Waligorski zeigt im „Dziennik poznański“ den Personen, welche ihm Dokumente oder Anträge rücksichtlich ihrer sich in russischen Gefängnissen oder in der Verbannung in Sibirien befindenden Angehörigen übergeben haben, an, daß er mittelst Schreibens vom 20. Februar d. J. benachrichtigt worden, daß das k. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten habe alle ihm übergebenen Suppliken bis auf fünf als begründet erachtet und dieselben Behufs Einleitung der geeigneten Schritte den betreffenden diplomatischen Organen zugestellt. Hr. v. W. verspricht, seiner Zeit weitere Nachricht zu geben.

[Empfiehlt es sich nicht, die Gebühren der Nachlasskuratorien bald mit in die allg. Gerichtskostenrechnung aufzunehmen?] In einer sehr winzigen, aber nichtsdestoweniger sehr weitläufigen Geschäftsanlegelheit war die ganze Bagatelle an ein Dutzend Interessenten glücklich zur Vertheilung gelangt und auch baldigst wieder an den Mann gebracht, da die Empfänger durchweg ein ganz paupieres Volkstheil repräsentirten und auf die erwarteten paar Thalerchen schon lange vorher ihren kleinen Kredit ausgebeutet hatten. Da kommt zu ihrem größten Schrecken lange post festum eine nachträgliche Nota der Gebühren für den Herrn Nachlasskurator, nicht gar zu groß, aber für die Leute, die ihre Silberstücke längst in den allgemeinen Weltverkehr hatten abschießen lassen, viel zu groß, als daß sich die Sache so br. man hätte abwidmen lassen. Der arme Kurator ist froh, daß er wenigstens zu einem kleinen Drittel der Gebühren gelangt, was freilich ausreichend erscheint für die Entgegennahme der Bestellung, einen unschuldigen Termin und einen Brief in der Sache, aber unwillig war er doch und mit Recht — daher denn die obige Frage nicht bloss im Interesse der Rechtsanwälte, sondern auch im Interesse der Ruhe der Empfänger von dergleichen kleinen Hinterläßenschaften.

[Grausame Behandlung eines Pflegekindes.] Eine Frau auf der Fischerei hatte zwei Kinder der unverheilichten E. gegen Kosten in Pflege, von denen das ältere, ein fränkisches Mädchen von fünf Jahren, von ihrer Pflegerin gänzlich verwahrlost, sich vor einigen Tagen verunreinigte. Das gefüllte Geschoß von Pflegemutter setzte zur Strafe das arme Kind über ein angezündetes Stromfeuer, an welches dasselbe an den hinteren Körpertheilen gräßliche Brandwunden erlitt. Glücklicherweise ist diese entsetzliche Röheit zur Kenntnis der Behörde gelangt, das Kind selbstverständlich der Frau sofort abgenommen und anderweit untergebracht, legerte selbst aber zur Untersuchung gezogen.

An anderen Orten darf die private Unterbringung dergleichen, namentlich unehelicher Kinder, welche ihren Müttern in der Regel eine Last sind, von der sie bald als möglich auf die eine oder andere Art sich befreit zu sehen wünschen, nicht ohne Vorwissen und Zustimmung der Polizeibehörde erfolgen. Da es notorisch, daß in vielen Fällen es von vorn herein auf den Tod solcher armen Damen-Bvereine gebildet, so haben sich in einzelnen Städten, z. B. in Breslau, Damen-Bvereine gebildet, welche sich der Überwachung der Pflege und Erziehung solcher armer Kinder unterziehen. Sollte der obige graßliche Fall nicht auch hier vielleicht Anregung zu einem ähnlichen Verein, im Anschluß an die bereits bestehenden „zur Unterstützung armer Böhmnerinnen“ oder „der Kleintinderbewahru-Aufstalt“ geben? oder wenigstens Anlaß zu Anordnungen der Behörden Betreffs der Überwachung und Kontrolirung der Erziehung solcher Kinder? Es ist notorisch, daß hier Fälle vorgekommen sind, in denen Frauen zwei auch drei Säuglinge zu dem eigenen zugemommen haben, die selbstredend fälschlich verhungern oder abzehren müssen; allerdings ist dies die verschleierte Absicht mancher unmenschlichen Mutter.

○ Buler Kreis, den 19. März. [Aufgefundenen Leiche.] Am verlorenen Sonntag hatte in dem Dorfe Dolow, unweit Opalenica, ein Mann dem Brannweine im Wirthshause redlich zugesprochen und kam in ziemlich angetrunkenem Zustande nach Hause. Hier fing er sogleich mit seiner Frau Streit an und mißhandelte sie dermaßen, daß sie aus dem Hause lief. Als sie gegen Abend wieder nach Hause kam, fand sie den Mann im Bett, mit dem Gesicht nach der Wand gelehnt, anscheinend ruhig schlafend. Um ihn nicht zu wecken, setzte sie sich still an die Wiege, in welcher das Kind schlief, wo sie auch bald darauf einschlief. Als sie am anderen Morgen aufwachte und noch immer ihren Mann in derselben Lage sah, trat sie ans Bett, um ihn zu wecken. Wie sehr erschrak sie aber, als sie ihn mit einer Wunde am Kopfe tot im Bett fand. Bis jetzt hat sich noch nicht herausgestellt, wie der Mann zu der Wunde gekommen.

Am Montage in der Mittagsstunde fiel in Gräß mehreren Knaben, welche auf dem Platz vor der Bernhardinerkirche Ball spielten, der Ball in das unter der Kirche sich befindliche Gewölbe. Sogleich krochen einige Knaben durch eine ziemlich große Öffnung in das Gewölbe, den Ball zu suchen. Allein hier fanden sie nicht nur ihren Ball, sondern auch ein neugeborenes todes Kind, unweit davon eine Cigarrenschachtel und ein Tuch. Der kleine Leichnam wurde mit den dabei vorgefundenen Gegenständen in das hiesige Gefängniß — in welchem sich die Kriminalabtheilung des hiesigen Kreisgerichts befindet — gebracht. Wahrscheinlich hat die Rabenmutter das Kind in die Schachtel gelegt, diese dann in das Tuch eingebunden und durch die Öffnung in das Gewölbe geworfen, wobei das Tuch sich aufgelöst und die Schachtel geöffnet hat. Die unmenschliche Mutter ist bis jetzt nicht ermittelt.

○ Naiwitz, 18. März. [Verbrechen. Kleine Notizen.] Am verlorenen Sonntag hat sich zu Osterbude in unserm Kreise ein höchst beklagenswerthes Verbrechen ereignet. Während der Kirchzeit, also am hellen Tage, begab sich ein Fischer des Dorfes zu einem Bauern daselbst, um ihn rücksichtlich einer Rechnung zu mahnen. Statt aller Antwort ergriff dieser ein langes Messer und versegte seinem Glaubiger einige Stiche, daß lechter zu Boden sank. Durch Mitteil mit dem Unglückslichen bemühen, wollte das Dienstmädchen des Bauern, der beiläufig gelagert nicht in schlechten Vermögensverhältnissen sich befindet, ein Lager aus Stroh bereiten, auf welches sich der Vermundete legen sollte. Dadurch noch mehr ergriamt, ergriff der Bauer das Messer nochmals und stach es wiederholt in den Körper des Fischer, daß dieser schon nach wenigen Stunden den Geist aufgab.

Außer dem Dienstmädchen soll ein Nachbar, durch das Schreien des Getöteten außerhalb gemacht, Zeuge der blutigen That gewesen sein. Die Verhaftung des Verbrechers erfolgte noch in der Nacht zwischen Sonntag und Montag. Zur Charakteristik des Verbrechers führen er eines Tages, wie erzählt wird, seinen Hund und lud seine Bekannten zu einem Schmaus ein. Bei dieser Gelegenheit setzte er ihnen den Braten des Hundes den er als Hammelfleisch pries, vor. Als die Gesellschaft das Fleisch sich gut munden ließ, brachte er plötzlich den Kopf des geschlachteten Roters zum Vorschein, der wie das Medusenhaupt auf die Zuschauer wirkte.

Ich hatte Ihnen unlängst mitgetheilt, daß unsere Stadt durch das Engagement des Lehrers und Kantors Hartmann zu Trachenberg eine recht gute Acquisition gemacht habe. Die Kommune der Stadt Trachenberg aber, die die Kräfte des in ihr über ein Decennium wirkenden Beamten wohl zu schätzen verstand, hat diesem eine nicht unerhebliche Gehaltszulage gemacht und ihn dadurch bewogen, hier die auf ihn gefallene Wahl abzulehnen. In Folge dessen ist der qu. Posten wieder als vacans ausgeschrieben. Auch das Offizierkorps in unserer Stadt wird um 3 Kameraden von der weiland hannoverschen Armee vermehrt werden, und ist deren Eintreffen hierorts bereits erfolgt. — Unter zeitige Abgeordnete im preußischen Parlament, Kreisrichter Gaede, ist zum Gerichtsrath am Stadtgericht zu Breslau ernannt und wird seine neue Stellung bereits zum 1. April er. übernehmen. — Beither war die hiesige evangelische Knabenschule und die Realschule in einem und demselben Gebäude. Die Frequenz des letzteren Instituts jedoch, die von Jahr zu Jahr steigt, macht es dringend nothwendig, hinsichtlich der Lokalität eine Rendierung vorzunehmen. Unsere Stadtverordnetenversammlung hat sich nun in der letzten Sitzung dahin entschieden, für die erwähnte Knabenschule ein neues Gebäude herzustellen und zu diesem Zweck bereits den nötigen Bauplatz angekauft und die einleitende Schritte so getroffen, daß mit dem Bau bereits in wenigen Wochen wird vorgegangen werden. Der Realschule erwächst dadurch der Vortheil, daß sie fortan allein ein Gebäude innehaben wird, das sie bei ihrem Entstehen mit den erwähnten Knabenschule und der Zöchterschule hat teilen müssen.

○ Wollstein, 19. März. In Folge der unerträglichen letzten Endre ist nunmehr in hiesiger Gegend ein außerordentlicher Mangel, namentlich an Hafer, eingetreten und es hat ein hiesiger Getreidehändler bereits über 4000 Sach-Hafer in der Gegend von Reichenbach im Königreiche Sachsen angelauft und dieselben nach hier befördert. Sonst wurde von hier Getreide nach Sachsen exportirt. — Der Central-Handwerkerverein zu Berlin hat beim hiesigen Gewerbeverein angefragt, ob nicht auch Mitglieder unseres Vereins gesonnen wären, die gemeinschaftliche Reise zur Gewerbeausstellung nach Paris im Mai c. unter ganz vortheilhaftesten Bedingungen einzutragen, und in der gestern dieselben anberaumten Generalversammlung haben 5 Mitglieder ihren Beitrag zur Reise erklärt.

Literarisches.

So eben ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen: **Schillers religiöse Bedeutung.** Ein Vortrag von Lic. Dr. S. Kleinert. Berlin. Biegand & Grießen. 6 Sgr.

Der Vortragende leitet die Behandlung dieses Themas mit dem Nachweis ein, wie zu allen Seiten die Stellung der Kirche zur Profan-Literatur einen genauen Gradmesser ihres eigenen geistigen Lebens abgegeben habe; und wie es demnach kein Zufall gewesen sei, daß gerade im Aten Jahrhundert, wo die Kirche über den reichen Schatz gewaltiger Geister geboten, das merkwürdige Faktum eintrat, daß ein heidnischer Kaiser den christlichen Lehrern die heidnischen Klässiken verperlen wollte, und die Kirchenlehrer dieses Studium als ein unveräußerliches Recht verfochten. Hat die Kirche heidnischen Schriftstellern gegenüber diese Freiheit des Geistes bewahrt, wie vielmehr wird sie unsfern Klaßiften und speziell Schiller gegenüber zutreffen. Denn was man an diesem als Heidenthum ausfindig gemacht hat, reducirt sich bei näherer Betrachtung an den meistern Stellen auf Mißverständnis und Splitterrichterei; man wird ihm vielmehr in Anbetracht des Gesamtinhalts seiner Werke eine religiöse Bedeutung zusprechen müssen. Es ist die der Erziehung zur Religion hin. Die Geschichte der göttlichen Erziehung der ganzen Menschheit zur Religion zeigt zunächst vier objektive Faktoren dieser Erziehung: Geist, Gewissen, stiftliche Weltordnung in der Geschichte, und Propheten, d. i. Verkündigung der göttlichen Gaben, welche diese Geschichte durchweben. Der Vortragende weiß die bemüht sich namentlich, an der Braut von Messina zu zeigen, wie die heidnische Idee des Gatus, die man in diesem Web gefunden, nicht darin ist. Weiter zeigt er, wie jene vier Faktoren ihr nothwendiges Correlat am Glauben hätten, der in seiner allgemeinsten Bedeutung die Empfänglichkeit der Seele für das Ewige und Unsterbliche auf seiner höchsten Stufe zum rechtfertigenden Glauben, zur Anleitungen der Vergebung, zur Aufnahme Gottes durch Christum in die Seele wird. Auch ein Dichter des Glaubens wird man Schiller nennen müssen, wie der Vortragende nach mehreren Beziehungen nachweist; aber hier ist zugleich des Dichters Schranken; zur Realität des Glaubens an Christum ist er nicht durchgedrungen, die höchste Stufe hat er nicht erreicht; er ist eben durch seine Werke ein Erzieher bis zur Religion hin, nicht ein Prediger der christlichen Religion selbst.

Den Schlüß des Vortrags bildet der Nachweis, daß auch die Gesammtwirkung des Lebens, aus dem diese Werke hervorgemachten, durch ihre hauptsächlichen Merkmale: tiefer Ernst, unablässiges Ringen und unterschiedslose Güte, den Charakter einer erziehenden gehabt habe.

Die Literatur ist, so weit wir sehen können, von dem Verfasser in großer Vollständigkeit gefaßt und benutzt. Nicht nur die Werke des Dichters in ihrem ganzen Umfange, sondern auch seine Briefwechsel mit Göthe, Humboldt, Werner ic. finden reiche Berücksichtigung, und namentlich hat es uns gefreut, auch die leiste und erfreuliche unter den einschlägigen Publicationen, den Briefwechsel Charlotte von Schiller mit ihren Freunden (3 Bände, Stuttgart 1862 bis 1865) nach Gebühr beachtet und ausgebeutet zu finden.

* Die drei neuesten Hefte der von Rudolph Gottschall herausgegebenen Zeitschrift „Unsere Zeit“ (Leipzig, B. A. Brockhaus) bieten wiederum eine große Zahl interessanter Aufsätze. Außer einer pragmatischen Darstellung des italienischen Parlamentarismus und einer Darlegung der Beziehungen Lüneburgs und Luxemburgs zu Deutschland enthalten diese Hefte auch den ersten einer Reihe von Artikeln über den deutschen Krieg von 1866, welche mit den früheren einleitenden Artikeln zusammen, wohl das Gediegenseste bieten, was bisher in politischer und militärischer Hinsicht über die großen Ereignisse des vorigen Jahres veröffentlicht worden ist; die Darstellung athmet echt historischen Geist. Ein Artikel von Julius Frauenstädt: „Der Materialismus und die antimaternalistischen Bestrebungen der Gegenwart“ führt uns mitten in einen der lebhaftesten geistigen Kämpfe der Neuzeit und orientirt uns trefflich über die verschiedenen Standpunkte. Eine Charakteristik Diderot's von Rudolph Gottschall, dem Herausgeber der Zeitschrift, lehnt sich an das vor kurzem erschienene Werk von Rosenkranz „Diderot's Leben und Werke“ an, ohne ihm flüssig zu folgen, und bietet manchen neuen Gesichtspunkt dar. Ein Aufsatz über den Berliner Schillerpreis sucht die Bedeutung dieses Preises darzulegen und die Art und Weise, durch welche die Preiskommission einen vortheilhaften Einfluß auf die Entwicklung der dramatischen Literatur ausüben könnte, indem er zugleich die letzte Preiserteilung an das Lindner'sche Stück als ungerechtfertigt angreift. Unter den übrigen trefflichen Artikeln erwähnen wir namentlich den über das Bier in technologischer Hinsicht; die sachgemäße Darstellung der Bauernemancipation und der deutschen Kolonisationswesen; Necrologie, sowie die musikalischen, theatralischen und geographischen Revuen sind wiederum sehr reichhaltig.

Landwirthschaftliches.

Zur Rinderpest. Kaum je dürften die Viehzüchter mehr in besorgter Spannung erhalten worden sein, als während des letzten Jahres in welchem im Königreiche Großbritannien, sowie im Königreiche der Niederlande wohl nahe an eine halbe Million Stück Rindvieh der Rinderpest erlegen sind. Auch sind Seuchenfälle in Belgien, Frankreich, der Schweiz, im Vorarlbergischen, in Ungarn, Galizien, Böhmen und in neuester Zeit auch in der Rheinprovinz und zwar schon in mehreren Kreisen des Regierungsbezirkes Düsseldorf vorgekommen. So gerechtfertigt es auch ist, in der energischsten Weise bei Bekämpfung dieser schrecklichen Seuche vorzugehen, so ungerechtfertigt erscheint doch die wie derholte französische und luxemburgische Grenzsperrre, mit welcher erfahrungsmäßig doch nichts gethan ist, indem die Seuche durch Objekte vertragbar ist, die einer Sperrre nicht unterworfen werden können. Im Gegenvor hierzu verdient die Polizeiverordnung und Instruktion, betreffend das zur Abwehr und zur Unterdrückung der Rinderpest im Regier.-Bezirk Trier einzuhaltende Verfahren vom 25. Jan. 1867 alle Anerkennung; dieselbe stützt sich auf die Erfahrung, daß

die Seuche nur da mit Erfolg bekämpft werden ist, wo man ihr von vornherein mit größter Vorsicht und stärkster Energie entgegentreten ist. Mehr als die durchgreifenden Maßregeln, die im Regierungsbezirk Trier getroffen sind, kann wohl auch in Frankreich nicht geboten werden. Warum also in der Zeit unserer schon hart bedrängten Landwirthe die Bedrohung noch größer machen? warum namentlich im Viehhandel chancieren und in Frankreich die Lebensmittel ohne Roth immer mehr vertheuern, wo ohnehin die Stimmung in Frankreich (Paris), mit veranlaß durch die Nahrungsmittelfrage, bedenklich ist und zwar gerade jetzt, wo die Weltausstellung mit ihrem voraussichtlich kolossalen Menschenzusammensluß vor der Thür steht.

Warum gedörrter Leinsame bessere Ernten giebt. Diese Frage erörtert die „Zeitschrift für deutsche Landwirthe“ wie folgt: „Zahlreiche Versuche ergaben die Thatssache, daß ein mit gedörrtem Lein besetztes Grundstück einen weit höheren, den doppelten und — statt 58½ Pfund gehechelten Flachs 100 Pfund — Ertrag in Flachs lieferte, als ein mit ungedörrtem Lein in gewöhnlicher Weise besetztes. In Oldena dörrt man den Samen bei 20 Grad R. und erfreut sich dafelb einer mehr als dreifachen Ernte. Höher darf die Temperatur nicht steigen, weil sonst zu befürchten ist, daß der Einweissstoff des Samens gerinnt und die Keimkraft vernichtet wird. Durch das Dören verliert der Lein reines Wasser (weshalb geht er auch später auf, als der ungedörrte); er kann aber dafür aus dem Boden mehr Wasser aufnehmen, welches mit loslichen Bestandtheilen gefüngt ist. Dadurch gelangen also mehr düngebare Bodenbestandtheile in den gedörrten als in den ungedörrten Samen. Das Dören bezweckt also lediglich eine Förderung der zukünftigen Wurzelbildung.“

Das Abmähen von ersticktem Roggen. Bekanntlich erfuhr in der zweiten Hälfte des Monats Mai 1866 in vielen Ländern und in diesen in vielen Gegenden der Roggen kurz vor der Blüte. Er wurde vom Frost bald mehr, bald weniger angegriffen. Nach dem „Prakt. Wochentblatt“ hat es sich in Ostpreß am besten bewährt, den stark beschädigten Roggen abmähen und nochmals nachwachsen zu lassen. Der Wurzelstock war noch in voller Kraft und hatte, weil geschützt von Halmen und Erde, nicht gelitten. Die Halme wuchsen mit einer wunderbaren Schnelligkeit heran; das Feld stand bald wieder so mit Roggen bestanden da, wie zur Zeit des Frostes; freilich mußten die Halme etwas kürzer und schwächer bleiben und auch etwas kleinere Achsen treiben. Im Ganzen hatten die Landwirthe übrigens vom Frost kaum einen Schaden. Die ersten hatten die Landwirthe übrigens vom Frost kaum einen Schaden. Die ersten lieferten eine große Quantität Butter, welche zu Habsch geschafft, vom Vieh gerne gefressen wurde. Dieser Butter hat gewiß den kleinen Ausfall bei der Römererne hinreichend ersetzt, wenn nicht gar ein Überschuss im Ertrag geliefert.

Bermischtes.

* Vor den Schranken des Stadtschwurgerichts in Berlin stand vor einigen Tagen der 19. Jahr alte Papparbeiter Gerbing aus Großmonza bei Rödela unter der Anklage des Mordes. Der Angeklagte habe hier ein Besitzverhältnis mit der 18. Jahr alten Marie Taufcke, der Tochter eines Kassenwächters, angeknüpft. Er fand sich später gegen einen andern Bewerber zurückgesetzt und suchte deshalb seinem Leben ein Ende zu machen, indem er sich am 21. Oktober in der Nähe des Mariannenfuses ins Wasser stürzte. Doch wurde er herausgezogen und vom Tode gerettet. Am 4. Dezember Nachmittags kaufte der Angeklagte ein Terzerol, begab sich in die Umgebung der Goldschmiedischen Fabrik, in welcher die Taufcke arbeitete, und wartete ihre Rückkehr ab, welche um 6 Uhr erfolgte. Nach einem Wortwechsel spannte Gerbing in der Tasche das Terzerol, setzte ein Bündhütchen auf, blieb einen Schritt hinter der Taufcke zurück und feuerte auf dieselbe. Die Taufcke taumelte und ging dann in einen Keller, wo sie zusammenbrach. Gerbing stürzte auf das Trottoir, schlug die Stirn heftig auf das Plaster, versetzte sich mehrere Schläge mit dem Terzerol auf die Stirn und stieß dasselbe in den Mund, um sich dadurch zu töten. Hinzugekommen Personen glaubten zuerst, der junge Mensch, der jetzt bestimmtlos dalag, habe sich erschossen und knöpfte deshalb die Weste desselben auf; andere bezichtigen ihn als den Mörder des Mädchens. Marie Taufcke starb in Folge der durch zwei Kugeln in der Gegend der Bauchhöhle erhaltenen Wunde schon am nächsten Tage in dem Krank

Gewinn-Liste

der III. Klasse 135. königl. preuß. Klassen-Lotterie.
(Nur die Gewinne über 45 Thaler sind den betreffenden Nummern
in Paranthese beigegeben.)

Bei der heute beendigtenziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

9 (50) 16 34 60 77 93 (100) 115 52 99 351 84 407 10 89 541
626 776 (50) 80 318 30 71 93 926 33 88. 1016 70 105 27 (50)
50 79 321 494 540 664 91 (50) 700 15 (50) 23 91 816 84 (50)
87 918 50. 2086 161 92 263 345 70 78 86 528 97 686 719 88
821 34 (50) 74 83 952 54. 3055 153 251 60 303 41 72 437 44
572 75 96 600 706 73 874. 4082 100 14 (1000) 47 (100) 59
89 327 68 86 97 404 64 506 71 79 609 (50) 70 761 886 98 (50)
918 31 63. 50.3 (50) 83 111 72 325 84 464 507 77 617 20 35
95 99 838 65 937 72 73 6057 237 44 62 78 328 (50) 41 96 415
29 565 636 77 81 748 57 64 94 913 59 74. 7073 69 91 114 34
62 238 56 371 439 76 515 66 642 (80) 730 800 27 36 40 83 89.
8005 105 72 74 93 275 306 37 (60) 467 72 614 (60) 41 82 (60)
795 818 39 995 (100). 9008 202 19 329 54 58 79 406 (50) 32
40 42 (50) 44 63 96 521 53 606 735 70 810 964 86 92.
10,062 66 98 (50) 104 12 18 (50) 56 215 18 30 36 39 84 333
515 639 93 95 752 98 995. 11,105 30 63 66 67 79 209 46 59
338 83 507 (60) 62 835 955. 12,006 15 23 116 30 213 84 426
71 83 569 617 38 840 961. 13,051 92 122 61 (50) 94 208 14
18 81 319 61 542 44 45 63 665 83 (50) 709 24 53 54 78 803
939. 14,071 79 88 166 233 311 41 91 473 614 35 55 744 54
77 817 (50) 61. 15,062 67 72 111 271 340 54 90 431 86 576
756 57 (50) 835 89 957 (50). 16,031 53 145 52 203 28 83 (60) 84
96 300 (50) 46 411 34 35 39 672 93 723 87 921. 17,002 75 92
126 258 88 306 476 98 724 943 62 (50). 18,040 112 51 222
319 81 98 400 533 50 610 46 735 61 824 50 68 901 5 23 33
74. 19,051 104 47 82 237 62 73 316 (50) 22 406 (50) 552 617
18 28 756 95.
20,012 35 53 102 258 365 (80) 91 493 511 30 41 89 95 657
737 806 29 48 65 945 53 68 89 (50). 21,008 76 89 136 38 45 279
301 19 74 403 8 9 25 32 34 553 643 72 705 17 79 90 811 33 (50)
988. 22,089 105 24 35 (50) 72 88 98 271 413 54 94 582 647 710
69 84 814 52 92 985. 23,032 85 110 26 49 238 70 81 311 (60)
15 98 483 500 43 (60) 45 51 688 96 796 827 49 53 66 (50) 82 99
901 49 (80). 52. 24,045 125 70 76 217 71 594 691 773 331 44
941 74. 25,015 43 (100) 151 86 235 98 (60) 327 39 42 62 (1000)
86 87 443 84 510 33 70 77 613 44 75 800 5 27 79 911 60 86 93.
26,002 15 214 31 71 403 52 504 8,60) 52 84 89 676 94 709 25
844 53 54 84 86 902 39 42. 27,020 42 (50) 48 63 60 (60) 92 (60) 105
(50) 16 66 77 216 23 371 500 46 52 (50) 671 764 80 838 960.
28,063 81 196 208 32 36 87 (80) 392 446 48 67 540 88 645 75
(50) 96 723 868 92 908 10 26 61 64 96. 29,002 28 124 203 16
19 52 75 (60) 340 72 96 469 99 523 26 92 609 (600) 10 89 761
832 924 50 76.
30,094 128 (50) 31 48 69 74 92 297 329 417 37 38 52 67
521 73 609 11 54 706 80 836 74 909 34. 31,000 7 24 144 51
254 72 89 368 74 429 (60) 625 31 756 73 90 893 928. 32,004
44 76 150 75 248 (50) 375 85 435 51 52 73 520 (50) 47 64 663
69 82 83 88 847. 33,071 137 68 (100) 90 251 311 72 88 431 67
557 77 672 712 849 905 6 49 84. 34,071 94 (50) 140 77 209
10 50 52 431 (50) 46 55 64 90 517 19 (50) 609 40 43 (50) 734
43 88 90 95 895 908 39 85 99. 35,104 46 58 289 333 35 95 423
28 34 602 740 76 852 (50) 934. 36,019 (100) 44 108 46 (50)
205 19 (60) 322 437 50 590 91 (60) 680 90 812 28 45 50 92
947 54. 37,014 112 (50) 50 65 81 (60) 83 85 211 20 90 342 60
444 50 509 29 607 57 93 776 857. 38,017 41 54 64 144 92 284
97 300 17 23 68 72 (60) 79 92 445 (100) 57 78 538 75 664 700
25 47 (60) 57 89 827. 39,027 (50) 100 68 99 284 90 361 411
518 618 23 33 (50) 45 72 726 (80) 62 802 80 977 (50).
40,012 72 88 136 53 201 9 60 370 402 73 521 52 602 715
32 68 93 869 916 33 60. 41,022 43 49 58 87 (50) 218 38 91 371
413 27 37 501 18 54 71 86 648 63 69 702 3 66 823 911 70 73
42,022 184 206 83 343 (60) 420 41 42 96 527 33 662 85 727
71 824 43 74 (80) 900. 43,009 35 100 215 80 93 323 25 34 431
48 62 81 514 84 (50) 660 68 736 78 810 21 35 940 44 980 (50).
44,044 107 26 47 83 235 92 309 18 42 67 408 45 64 78 85 514
(50) 88 114 27 35 (100) 272 305 15 26 43 81 400 60 73 542 44
637 67 (50) 747 808 (50) 27 43 66 971. 46,156 (50) 60 85 238
86 87 308 425 68 521 46 66 70 692 833 75 908 37 (50) 40 59.
47,035 71 122 55 59 202 44 454 62 65 79 511 (50) 99 688 814
53 60 79 (50) 92. 48,013 26 39 (50) 52 148 204 90 91 308 (50)

18 33 456 546 620 22 96 716 23 809 59 80 88. 49,011 101 22
32 298 446 505 91 614 23 74 77 731 68 844 78 919.
50,179 203 19 (80) 81 487 523 61 78 89 91 97. 703 79 96
842 977. 51,312 80 421 60 62 77 535 50 81 622 37 51 709 812
40. 52,089 95 107 8 265 68 542 55 645 97 719 (50) 35 79 822
50 67 (80) 925. 53,117 45 46 82 (50) 94 254 338 (60) 41 51 71
406 68 564 73 617 36 40 728 32 65 95 905 95. 54,009 18 89
125 251 343 416 37 62 64 546 48 52 87 847 61 83 (50) 952 61
(100) 55,171 89 237 (50) 85 325 42 418 (60) 41 48 91 539 (50)
672 89 721 57 62 870 (50) 82 910 15 53. 56,077 78 257 395
428 95 578 723 31 47 84 837 92 (60) 99 949 51 71 (50). 57,080
85 100 13 41 266 72 300 43 59 (50) 450 450 535 82 604 44 50 57
65 89 98 708 20 21 822 49 928 (50) 63 70 97. 58,082 100 66 70
(60) 210 16 29 (50) 64 345 98 512 74 83 90 623 31 33 709 39
(50) 56 65 866 (60) 904. 59,015 25 32 124 60 87 208 22 343
78 467 79 99 554 61 615 34 35 48 77 (50) 765 841 71 900
37 80.
60,043 53 69 78 128 47 (80) 205 58 327 73 96 452 90 514
21 26 (50) 38 61 684 772 911 27 69 (50). 61,095 (50) 123 96 99
213 42 366 439 40 45 69 92 549 97 631 707 22 24 43 61 843
950 87. 62,068 76 84 (60) 105 56 86 226 89 57 89 312 49 69 422
790 803 80 86 937. 63,019 73 127 (100) 33 86 208 22 (80) 57
325 31 75 400 3 13 54 520 600 2 50 75 771 91 826 61 908 6
49 52 63. 64,004 88 120 27 77 (80) 203 73 96 307 20 24 542 66 76
(50) 90 655 860 80 92. 65,039 57 59 116 18 47 48 231 420 32
555 98 739 63 831 978 (50) 94. 66,011 24 61 185 223 302 40
79 443 75 95 500 21 34 40 67 601 67 92 (60) 745 (60) 810 27
37 54. 67,143 88 262 427 60 554 77 691 705 74 807 8 56 959.
68,043 50 51 75 108 26 34 46 99 212 (80) 18 51 71 357 79 441
569 77 96 601 16 36 48 57 62 96 751 59 68 813 16 75 922 (50)
27 60 83 (300) 90. 69,034 88 115 65 212 46 73 83 369 (60) 90 400
13 28 504 (50) 83 654 61 773 84 804 18 37 901 42 77.
70,022 88 186 231 45 85 315 32 419 66 592 623 33 767
888 (100) 909 67. 71,086 162 201 79 429 73 577 623 47 708
817 40 (50) 946 94. 72,042 153 54 84 284 91 99 304 25 400 5
32 514 23 601 (50) 48 50 92 722 43 54 (50) 876 929 52. 73,005
44 48 109 41 87 302 14 82 41 92 431 54 67 77 (60) 90 578 638 751
72 812 911 31. 74,163 65 251 98 (50) 322 32 425 44 513 89 606
53 56 75 (50) 772 833 73 912 48. 75,071 83 86 87 90 128 41 223
(60) 56 62 63 (50) 66 97 98 353 430 545 687 757 803 (100) 12
17 36 73 909 38 97. 76,191 239 334 50 75 441 503 19 56 600
11 (50) 34 59 (50) 781 850 (50). 77,052 102 61 228 79 82 301
34 43 60. 78,038 (50) 87 144 238 369 429 31 527 (50) 51 64 (50)
91 663 65 (60) 713 65 85 929 41. 79,006 (50) 38 (60) 39 49 71 73
358 (50) 66 81 524 75 768 90 96.
80,044 152 487 510 89 649 96 737 69 89 949. 81,009 43
99 193 245 320 64 460 559 603 33 84 (80) 769 85 88 91 92
945 76. 82,011 68 89 182 214 (50) 83 90 330 42 45 416 22 25
93 539 611 27 34 44 71 76 765 805 15 967. 83,005 17 (50) 29
48 170 302 (60) 35 69 532 76 92 602 68 77 (50) 703 (60) 40 48
51 (50) 802 49 933 37 46. 84,118 49 70 72 201 15 44 88 301 97
420 72 81 533 51 (80) 646 78 716 50 86 839 44 908 45 60.
85,048 190 210 90 323 57 411 41 525 38 (50) 660 (80) 78 81
758 853 74 926. 86,093 (50) 122 208 (60) 14 43 73 349 55 (50)
443 65 515 45 67 72 78 656 764 885. 87,134 50 365 406 45
(50) 83 506 44 55 614 701 43 (50) 805 915 27 68. 88,020 24
69 101 19 91 307 452 517 91 644 714 (80) 43 56 840 67 68 (50)
925 29. 89,016 78 149 (80) 72 75 85 99 207 54 (50) 55 57 58 380
453 81 97 559 61 76 88 95 630 700 1 4 5 65 863 (50) 91 99
(50) 936.
90,007 97 107 60 84 215 28 40 71 91 (600) 366 457 90 91 97
531

Lentewitzer Kunkelrüben - Samen.

Diejenigen Herren Landwirth, welche noch Lentewitzer Kunkelrüben - Samen zu beziehen wünschen, bitte ich um beschleunigte Bestellung, um die Versendung noch rechtzeitig bewirken zu können.

Lentewitz und Löthayn bei Meissen, Sachsen, im März 1867.

A. Steiger.

Miesen - Kunkelrüben - Samen

in gelber und auch weißer Gattung, den Scheffel zu 7½ Thlr., die Meze zu 15 Sgr., verkauft.

C. Heinze, Vorwerksbesitzer in Kleczo.
Für Porzellan - Manufakturen, Ofen- und Glasfabriken empfiehlt:

Nothen und weißen schwedischen Feldspath,

weißen norwegischen Quarz in Stücken,

und halte davon stets Lager in ausgesuchter reiner Qualität.

Herm. Becker

in Stettin.

Bunte Berliner Baumwolle, echte Marshall-Strickwirne, Nähmaschinengarne und Nähmaschinenende in allen Farben auf kleinen Rollen, Kleiderknöpfe und Besatznäuten empfing

Ludwig Dreyzehner,

Friedrichstraße 12.

vis - à - vis Sapietaplaz.

Auswärtige Aufträge werden sofort ausgeführt.

2 Schauenshüter mit Rollen sind Umbauers halber billig zu verkaufen bei

Julius Borch.

Einige gebrauchte Kronen sind billig zu verkaufen bei

S. Kronthal & Söhne.

**Für die Herren
Brennerei - Besitzer.**

Ich bescheinige hierdurch, daß der Kupferwaren-Fabrikant Herr A. Einecke in Czempin bei Posen in hiesiger Brennerei des Herrn von Alting eine patentire Entlüftungs- und Entfuselungs-Kolonne aufgestellt hat, welche befeitigt 2 Schulz'sche Beden nebst Kolonne und Vorwärmer, erzeugt 86 - 88 gradigen Spiritus und werden 3400 Quart Maische mit 4 Füllungen in 4 Stunden rein abgebrannt, wogegen bei dem alten Apparat 8 Stunden erforderlich waren und 7 gradigen nur erzielte.

Ich empfehle jeden der Herren Brennereibesitzer nur solche Anlage, weil sich dieselbe in jeder Hinsicht vortheilhaft bewährt.

Charlottenhof, den 16. März 1867.

**Heinrich, Droege,
Brennerei-Inspektor. Ober-Inspektor.**

Lymphé, direkt von der Kuh,
das Haarröhrchen für eine Person 20 Sgr.
Berlin, Schiffbauerdamm 33. Dr. Pissin.

Kelydon,

neues Berliner Fleckwasser,
aus der Fabrik von C. Roestel,

Stralauerstraße 48.

ist die neueste hervorragendste Erfindung der chemischen Technik. Es verfügt sofort fast alle möglichen Flecke, ist in höchstens einer halben Stunde, ohne den geringsten Geruch nachzulassen, verschwunden, und besitzt im Gegensaß zu allen bisherigen Fleckreinigungsmitteln angenehm ätherisch-aromatischen Geruch. Flaschen zu 2½, 4, 7½, 12½ Sgr. sind zu haben in Posen bei H. Kirsten Wwe., Eugen Werner, Hermann Hoegelin.

Zur Illumination

empfiehlt sich Stearin- u. Paraffin-Kerzen zu sehr billigen Preisen

J. Blumenthal,

Krämerstr. 15, vis - à - vis d. neuen Brothalle

Preis

der Milch im Milchfeller des Dom. Lawice pro Quart 1 Sgr. 4 Pf.

Gute frische fette Butter in großen Stücken, à Pfund 8 Sgr. empfiehlt

M. Rosenstein, Wasserstraße 7.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 21. März 1867. (Wolff's telegr. Bureau.)

Rogggen	besser	Not. v. 20.	v. 19.	Fondsbörse: fest	Amerikaner	Staatschuldgl.	Neue Posener 4%	Pfandbriefe	Russ. Banknoten	Russ. Pr.-Arl. a. 91	do.
März	55 B	54 3/4 B	55 1/2	78 1/2	78	83 1/2	83 1/2	88 1/2	80 1/2	88 1/2	87 1/2
April-Mai	54	53 3/4	54 1/2	83 1/2	83 1/2	83 1/2	83 1/2	88 1/2	80 1/2	88 1/2	87 1/2
Spiritus, besser	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2
März	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2
Nübel, besser	11 1/2 B	11 1/2 B	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2
April-Mai	11 1/2 B	11 1/2 B	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2

Kanalliste: Nicht gemeldet.

Rogggen	besser	Not. v. 20.	v. 19.	Fondsbörse: fest	Amerikaner	Staatschuldgl.	Neue Posener 4%	Pfandbriefe	Russ. Banknoten	Russ. Pr.-Arl. a. 91	do.
März	55 B	54 3/4 B	55 1/2	78 1/2	78	83 1/2	83 1/2	88 1/2	80 1/2	88 1/2	87 1/2
April-Mai	54	53 3/4	54 1/2	83 1/2	83 1/2	83 1/2	83 1/2	88 1/2	80 1/2	88 1/2	87 1/2
Spiritus, besser	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2
März	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2
Nübel, besser	11 1/2 B	11 1/2 B	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2
April-Mai	11 1/2 B	11 1/2 B	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2

Rogggen	besser	Not. v. 20.	v. 19.	Fondsbörse: fest	Amerikaner	Staatschuldgl.	Neue Posener 4%	Pfandbriefe	Russ. Banknoten	Russ. Pr.-Arl. a. 91	do.
März	55 B	54 3/4 B	55 1/2	78 1/2	78	83 1/2	83 1/2	88 1/2	80 1/2	88 1/2	87 1/2
April-Mai	54	53 3/4	54 1/2	83 1/2	83 1/2	83 1/2	83 1/2	88 1/2	80 1/2	88 1/2	87 1/2
Spiritus, besser	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2
März	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2
Nübel, besser	11 1/2 B	11 1/2 B	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2
April-Mai	11 1/2 B	11 1/2 B	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2

Rogggen	besser	Not. v. 20.	v. 19.	Fondsbörse: fest	Amerikaner	Staatschuldgl.	Neue Posener 4%	Pfandbriefe	Russ. Banknoten	Russ. Pr.-Arl. a. 91	do.
März	55 B	54 3/4 B	55 1/2	78 1/2	78	83 1/2	83 1/2	88 1/2	80 1/2	88 1/2	87 1/2
April-Mai	54	53 3/4	54 1/2	83 1/2	83 1/2	83 1/2	83 1/2	88 1/2	80 1/2	88 1/2	87 1/2
Spiritus, besser	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2
März	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2
Nübel, besser	11 1/2 B	11 1/2 B	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2
April-Mai	11 1/2 B	11 1/2 B	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2	11 1/2

Rogggen	besser	Not. v. 20.	v. 19.	Fondsbörse: fest	Amerikaner	Staatschuldgl.	Neue Posener 4%	Pfandbriefe	Russ. Banknoten	Russ. Pr.-Arl. a. 91	do.

<tbl_r cells="12" ix="2" maxcspan="1" maxrspan="

Produkten-Börse.

Berlin, 20. März. Wind: O.S.D. Barometer: 27¹. Thermometer: Früh 0. Wetterung: Milder.

Die Aussicht auf mildereres Wetter hat die Stimmung für Roggen entschieden verlaufen lassen, so dass der Markt alsbald mit überwiegenden Anerbietungen zu billigeren Preisen eröffnete und leitere in rüdigängiger Tendenz verharren. Der Rückgang umfasst volle 2¹ Rt. Mit Ware ging es heute besser wie gestern, insoffern wieder mehr Restanten sich zeigten. Die mägigen Anerbietungen wurden ziemlich schnell aufgeräumt.

Weizen loko unverändert. Termine wurden vergleichlich etwas billiger angeboten, es kam Mangels annähernder Gebote nicht zum Geschäft.

Hafer loko preishaltend, Termine matter.

Rüböl ist zu nachgebenden Preisen leichtlich rege umgesetzt und schließt fest. Zu den gewichenen Kursen blieben Käufer. Gefindigt 200 Etr. Kündigungspreis 11¹/₂ Rt.

Spiritus im Anfang matt, später aber wieder fest, im Ganzen wenig verändert.

Weizen loko pr. 2100 Pf. 70—87 Rt. nach Qualität, gelber schles. 80¹/₂, feiner gelber poln. 85 R. b.^z, pr. 2000 Pf. April—Mai 78¹/₂ R. Br., Mai—Juni 79¹/₂ R. Br., Juni—Juli 79¹/₂ R. Br., Juli—August 77¹/₂ R. Br., Septbr. 76 R. Br., Septbr.—Oktbr. 75 R. Br.

Roggen loko pr. 2000 Pf. 55¹/₂—57 Rt. nach Qualität b.^z, geringer 54¹/₂ a 55 R. b.^z, Frühjahr 54 a 53¹/₂ R. verk., Mai—Juni do., Juni—Juli 54 a 53¹/₂ R. verk., Juli—August 52¹/₂ R. verk.

Gerste loko pr. 1750 Pf. 45—51 Rt. nach Qualität, feiner schles. 50¹/₂ R. b.^z.

Hafer loko pr. 1200 Pf. 26¹/₂—29¹/₂ Rt. nach Qualität, Frühjahr 27¹/₂ R. Br., Mai—Juni 28¹/₂ R. Br., Juni—Juli 28¹/₂ R. Br.

Erbse pr. 2250 Pf. Kochwaare 52—66 Rt. nach Qualität, Futterware do.

Rüböl loko pr. 100 Pf. ohne Fass 11¹/₂ R. Br., per diesen Monat 11¹/₂ R. Br., März—April do., April—Mai 11¹/₂ a 12¹/₂ R. b.^z, Mai—Juni 11¹/₂ b.^z, Septbr.—Oktbr. 11¹/₂ a 12¹/₂ R. b.^z.

Leinöls loko 13¹/₂ R. Br.

Spiritus pr. 8000¹/₂ loko ohne Fass 17¹/₂ R. b.^z, per diesen Monat 16¹/₂ R. b.^z, März—April do., April—Mai 16¹/₂ a 17¹/₂ R. b.^z, Br. u. Gd., Mai—Juni 16¹/₂ a 18¹/₂ R. b.^z, Br. u. Gd., Juli—August 17¹/₂ R. b.^z, Br. u. Gd., August—Septbr. 17¹/₂ a 18¹/₂ R. b.^z, u. Br., Br. u. Gd.

Wohl. Weizenmehl Nr. 0. 5¹/₂—5¹/₂ R. R. Nr. 0. u. 1. 5¹/₂—4¹/₂ R. R. Roggenmehl Nr. 0. 4¹/₂—5¹/₂ R. R. Nr. 0. u. 1. 4—3¹/₂ R. R. b.^z, pr. Etr. unverfeuert.

(B. S. 3.)

Stettin, 20. März. [Amtlicher Bericht.] Wetter: Trübe, — 2°. Barometer: 27. 8. Wind: S.O.

Weizen niedriger, loko p. 80 Pf. gelber und weißbunter 82—87¹/₂ R. R., geringer 76—82 R. R., 83¹/₂ Pf. gelber pr. Frühjahr 85¹/₂, 84¹/₂, 85 R. R., Mai—Juni und Juli 85 R. R.

Roggen weichend bezahlt, p. 2000 Pf. loko 53—56 R. R., pr. Frühjahr 53, 52¹ R. R., Mai—Juni 53 R. R., Juni—Juli 53¹ R. R.

Gerste ohne Umsatz.

Hafer p. 47—50 Pf. pr. Frühjahr 30¹/₂ R. R., 30¹/₂ R. R.

Heutiger Landmarkt:

Weizen Roggen Gerste Hafer Erbsen 80—88 53—58 46—50 27—31 54—58 R. R.

Heu 20 Sgr. bis 1 R. R. Stroh 6—7 R. R.

Kartoffeln 18—20 Sgr.

Rüböl matter, loko 11¹/₂ R. R., pr. April—Mai 11¹/₂ R. R., Mai 11¹/₂ R. R., Septbr.—Oktbr. 11¹/₂ R. R., 11¹/₂ Gd.

Spiritus matt, loko ohne Fass 16¹/₂, 17¹/₂ R. R., mit Fass 16¹/₂ R. R., pr. Frühjahr 16¹/₂ R. R., u. Br., Mai—Juni 16¹/₂ R. R., Juli 16¹/₂ R. R.

Angemeldet: Nichts.

Leinsamen animirt, Pernamer gestern 14, 14¹/₂ R. R., heute 14¹/₂ R. R.

Gd. 15 R. gef., Rigaer 11¹/₂ R. R.

Hering, Schalen 10¹/₂ R. R.

(Oft. Stg.)

Breslau, 20. März. [Produktionsmarkt.] Wind: West. Wetter: Schneefall, früh 1° Kälte. Barometer: 27¹/₂ 7¹/₂. Bei ruhigem Ge-

schäftsverkehr und nur mittelmäßigen Angeboten waren am heutigen Markte Getreidepreise unverändert.

Weizen blieb in schwererer Ware gut gefragt, wir notiren p. 84 Pf. weißer 83—96 Sgr., gelber 84—95 Sgr., feinstes 2—3 Sgr. über Notiz.

Roggen bewährte vollkommen gestrigene Preise, wir notiren p. 84 Pf. 68—71 Sgr., feinstes über Notiz bezahlt.

Gerste bei ruhiger Haltung, wir notiren p. 74 Pf. 48—55 Sgr., beste Qualitäten werden mit 58—60 Sgr. bezahlt.

Hafer fest, wir notiren p. 90 Pf. 30—34 Sgr., feinstes 35 Sgr. bez.

Kartoffeln wurden wenig beachtet, 62—67 Sgr., Buttererbsen a 53—58 Sgr. p. 90 Pf.

Widen offerirt, p. 90 Pf. 58—62 Sgr.

Bohnen ohne Frage, p. 90 Pf. 70—90 Sgr., feinstes über Notiz.

Lupinen angeboten, der Umsatz blieb belanglos, p. 90 Pf. gelbe 40—44 Sgr., blaue 40—45 Sgr.

Buchweizen angeboten, wir notiren p. 70 Pf. 50—56 Sgr.

Delsingarten blieben gut beachtet, wir notiren p. 150 Pf. Brutto Winterzellen 17—18 Sgr., Winterzaps schles. 190—210 Sgr., galiz. 172—198 Sgr., Sommerzüßen 150—168 Sgr., Leindotter fand wenig Beachtung, a 148—160 Sgr., Schlaglein wurde gut gefragt und höher bezahlt, wir notiren p. 150 Pf. Brutto 6—6¹/₂ R. R., feinstes über Notiz bezahlt.

Kleesaat bei wahllosen Angeboten, roth, ord. 12—14 R. R., mittel 14—16 R. R., fein 17¹/₂—19 R. R., hochf. 19¹/₂—19¹/₂ R. R., weiß, ord. 19—21 R. R., mittel 22—25 R. R., fein 26¹/₂—28 R. R., hochf. 28¹/₂—30 R. R.

Thymothee gefragt, 11—12¹/₂ R. R. p. Etr.

Kartoffeln reichlich angeboten, a 24—36 Sgr. p. Sac a 150 Pf.

Breslau, 20. März. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat rothe, fest, ordin. 12¹/₂—14, mittel 14¹/₂—15¹/₂, fein 17¹/₂—18¹/_{2, hochf. 19—19¹/₂. Kleesaat weisse, wenig Geschäft, ordin. 19—21, mittel 22—24, fein 26—27, hochf. 28—29.}

Roggen (p. 2000 Pf.) etwas matter, pr. März 54¹/₂ R. R., März—April 53¹/₂ R. R., April—Mai 52¹/₂ R. R., 53 Br., Mai—Juni 53 R. R., Juni—Juli 53 R. R. u. Br., Juli—August 50—50¹/₂ R. R. u. Br., Septbr.—Oktbr. 47¹/₂ R. R.

Weizen pr. März 73 R. R.

Gerste pr. März 50¹/₂ R. R.

Hafer pr. März 45¹/₂ R. R.

Raps pr. März 97 R. R.

Rüböl matter, geschäftlos, loko 11 R. R., pr. März und März—April 10¹/₂ R. R., April—Mai 11 R. R., Mai—Juni 11 R. R., Septbr.—Oktbr. 11¹/₂ R. R., 11¹/₂ Gd.

Spiritus wenig verändert, loko 16¹/₂ R. R., 16¹/₂ Gd., pr. März 16¹/₂ R. R., 16¹/₂ Gd., April—Mai 16¹/₂ R. R., 16¹/₂ Gd., Mai—Juni 16¹/₂ R. R., 16¹/₂ Gd., Juli—August 17 R. R., 17 Gd.

Notizen der von der Handelskammer ernannten Kommission

zur Feststellung der Marktpreise von Raps und Rüböl.

Raps 208 198 182 Sgr.

Rüböl, Winterfrucht 188 178 168

do. Sommerfrucht 168 158 148

Dotter 158 148 138

(Bresl. Hdls. Bl.)

Telegraphische Börsenberichte.

Hamburg, 20. März. Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Getreide-

markt. Weizen und Roggen loko nachgebend und geschäftlos, auf Termi-

ne wesenlich niedriger. Weizen pr. März 5400 Pf. netto 154 Bantohaler Br., 153 Gd., pr. Frühjahr 148 R. R., 147 Gd. Roggen pr. März 5000

Pers.-Z. von Kreuz 5¹/₂ Vrm. 6 Vrm.

Gem. Z. - Kreuz 9¹/₂ Vrm. 9¹/₂ Vrm.

Pers.-Z. - Kreuz 4¹/₂ Vrm. 4¹/₂ Vrm.

Gem. Z. - Breslau 9¹/₂ Vrm. 11¹/₂ Vrm.

Pers. Z. - Breslau 11¹/₂ Vrm. 11¹/₂ Vrm.

Pers. Z. - Breslau 9¹/₂ Vrm. 9¹/₂ Vrm.

Nach Breslau 5¹/₂ Vrm. 6 Vrm.

Breslau 8¹/₂ Vrm. 9¹/₂ Vrm.

Kreuz 4¹/₂ Vrm. 4¹/₂ Vrm.

Kreuz 11 Vrm. 11¹/₂ Vrm.

Kreuz 11 Vrm. 11¹/₂ Vrm.

Kreuz 9¹/₂ Vrm. 9¹/₂ Vrm.

Kreuz 11 Vrm. 11¹/₂ Vrm.